

Wöchentlich 4 Blätter monatlich 2. Reichsmark im Voraus zahlbar. Unter Geschäftsbedingungen im In- und Ausland 5.00 Reichsmark pro Monat.

Das "Vorwärts" mit den Illustrationen Sonntagbeilage "Woll und Seid" sowie den Beilagen "Unterhaltung und Wissen", "Aus der Welt", "Stadtbilder", "Freizeitstimme", "Der Kinderfreund", "Augen-Verkehr", "Bild in die Welt", "Kulturarbeit" und "Lebend" erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch
25. Januar 1928
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konvertierung des 50 Pfennig Reichsmark zu 1 Reichsmark, die seit dem 1. Januar 1928 (letzter Druck) erfolgt, ist den weiteren Markt 12 Pfennig. Einmalige Ausgabe des neuen 10 Pfennig Reichsmark, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60. Umfang Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40. Pfennig-Anzeigenannahme im Hauptgeschäft (Hauptstraße 2, monatlich von 9 bis 17 Uhr).

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 66. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkass. Lindenstr. 9

Der Schlossherr von Bitburg.

Ein Geldgeber des Separatistenputsches wegen Meineids verhaftet. — Deutschnationale Verteidiger.

Böln, 24. Januar.

Zu einer Sensation gestaltete sich der Zusammenbruch der Berufungsverhandlung in einem Beleidigungsprozess, bei dem der Großgrundbesitzer Dr. Josef Limbourg aus Bitburg sich gegen den Vorwurf separatistischer Umtriebe zu reinigen versucht hatte. Im Oktober vorigen Jahres hatte die erste Instanz den Schriftleiter des kölnischen Stadtanzeigers Dr. Franz Rodens von der Anklage der Beleidigung freigesprochen, der behauptet hatte, Limbourg habe mit separatistischen Kreisen Umgang gepflogen und sei auch nicht von seinem Bruder abgerückt, obwohl dieser für Zwecke der Sonderbündel 5000 Franken geopfert hat. Der Freispruch hatte politische Bedeutung.

Josef Limbourg galt und bekannte sich als rechtsgerichteter Mann. Es erregte berechtigtes Aufsehen, daß er sich nicht nur in den Provinzialparlamenten der Rheinprovinz wählen ließ, sondern auch sonst das Bestreben zeigte, eine politische Rolle in der deutschen Republik zu spielen, die er nach den Anschuldigungen der Kölner Presse früher preisgegeben hatte. Für seine politische Parteilichkeit spricht auch die Tatsache, daß er sich die bekannten deutschnationalen Anwälte Sack und Hahn bei der Berufungsverhandlung zu Verteidigern verschrieben hatte.

Seit dem letzten Mittwoch, also eine volle Woche, ging die Verhandlung, die zahlreiche interessante Momente aus der Zeit der großen Unruhe und Beforgnisse des Rheinlandes im Kampf gegen die von den Franzosen unterstützten Separatistenumtriebe aufwies, jedoch die entscheidenden Punkte der gegen Limbourg erhobenen Beschuldigungen nicht gänzlich zu klären vermochte. Gestern, am letzten Verhandlungstage nun erfolgte die Vernehmung des Bruders Limbourgs, Peter, der trotz der vorangegangenen belastenden Aussagen jeden Verkehr mit Dr. Rodens abzustreiten versuchte. Obwohl er auf die Bedeutung seines Eides aufmerksam gemacht worden war, erklärte Peter Limbourg selbst nach Vorhalt eines Briefes, der 1919 an Rodens geschrieben worden war und seine Unterschrift trug, daß er von diesem Briefe nichts wisse. Er verneinte weiter die bestimmte Anfrage, ob er auch später nicht an den Separatistenführer Rodens geschrieben habe. Unter großer Spannung verlos nun der Verteidiger folgenden Brief Peter Limbourgs, der mit der Hand geschrieben ist und noch heute ein Dokument für die Zusammenarbeit der Separatisten mit den rheinischen Sonderbündlern ist:

Hansa-Hotel Wiesbaden, den 1. 11. 23.

Sehr geehrter Herr Rodens!

Vergeblich habe ich heute versucht, Sie zu sprechen. Bei uns im Kreise Bitburg sind Zustände, die auf die Dauer nicht haltbar sind. Wie sie sich persönlich im Jahre 1919 überzeugt haben, war damals die Stimmung unter der Landbevölkerung und den Mittelständen vorzüglich, und ich behaupte nicht zu viel, wenn ich sage, der Kreis Bitburg war der Musterkreis.

Diesen Erfolg hatten wir hauptsächlich durch die intensive Arbeit der Ortsbauernräte unter Leitung von Herrn Pfarrer Bornmann, der ein wahrer rheinischer Patriot ist. Da Herr Bornmann, mein Bruder und ich nun nicht im Sinne von Berlin arbeiteten, sondern im Interesse unserer rheinischen Heimat, wurden wir von den Berliner Republikanern bekämpft. Diese Leute stehen im Bunde mit den Herren Adenauer und Kaas. Herr Adenauer hat von Herrn Stresemann den Auftrag, die sogenannte „legale Republik“ auszurufen, d. h. eine völkerverfehlende von Berlins Gnaden. Herr Bierbrauereibesitzer Joseph Simon, der stellvertretende Landrat ist, hat Herrn N. P. Well in Bitburg erklärt, daß er nur auf die Berliner legale Republik warten würde. Der jetzige Bürgermeister Mejerich, Rotar Wolff, Dr. Wäsche, Kreisarzt Broll und Abgeordneter Reyses sind diejenigen, die die rheinische Bewegung im Kreise Bitburg immer bekämpft haben und von Herrn Kaas geleitet werden. Diese Leute warten nur darauf, bis Berlin die sogenannte legale Republik ausruft, um uns dann in den Rücken zu fallen. Diese Leute sind auch diejenigen, die, als Sie, hochverehrter Herr Rodens, in Bitburg sprachen, mit Hilfe von Herrn Landrat Graf Kdelmann, dafür sorgten, daß Sie verhaftet werden sollten.

Dies sehe ich mich verpflichtet, Ihnen mitzuteilen. Mit treuem rheinischem Gruß

Ihr ergebener
P. Limbourg.

Die Rückseite des Briefes trägt folgenden Vermerk:
Regierung Zeter mit der Bitte um Kenntnisnahme und weiterer Bewertung.
Es bürden nur durchaus zuverlässige Anhänger an der Spitze der Kreise stehen. Eventuell ist das Erforderliche durch eine militärische Operation zu erzwingen.
Selbstverständlich ist vorher mit den zuständigen Delegierten Rücksprache zu nehmen.
B. 2. 11. 23.

Der Generalbevollmächtigte Süd
Dorten.

(Dazu folgender Stempel): Die Oberleitung Süd.
Service de Protection de Rhénanie.
La direction générale.

Die Verlesung des Briefes löste im Gerichtssaal heftige Empörung aus. Während Peter Limbourg die Richtigkeit des Briefes zugab, aber bestritt, sich an die Abhandlung erinnern zu können, erklärte nun Josef Limbourg, er hätte den Prozeß nicht geführt, wenn er von dieser Korrespondenz Kenntnis gehabt hätte. Rechtsanwalt Sack teilte dann — nicht ohne die Beleidigung vorher scharf angegriffen zu haben — im Auftrage seines Mandanten mit, daß die Berufungsklage zurückgezogen sei.

Damit endete dieser sensationelle Prozeß, der für Peter Limbourg noch ein böses Nachspiel haben wird. Dieser wurde unter dringendem Meineidsverdacht sofort verhaftet und abgeführt.

Die Pflicht des Völkerbundes.

Ein Vorhalt der Prager Regierung.

Prag, 24. Januar.

Im Abgeordnetenhause gab der Stellvertreter des noch immer kranken Ministerpräsidenten Svehla, Monsignore Schramel, eine Erklärung über die St.-Gottharder Affäre ab: Es ist festgestellt, daß die Sendung für die Tschecho-Slowakei nicht bestimmt ist und daß die Expeditionsfirma Brüder Berkowich Eigentum ungarischer Bürger madsjarischer Nationalität mit dem Sitze in dem madsjarischen Teile von Sloonske Noce Resto, genannt Satoraska-Ujhegy, ist. Die polnische Regierung hat den diplomatischen Vertretern der Kleinen Entente am 7. Januar kategorisch erklärt, daß die Sendung überhaupt nicht für Polen bestimmt war. Die Frage also, für wen die Sendung unter falscher Deklaration bestimmt war, blieb ungeklärt. In Anbetracht dieser Feststellung ist der natürliche Verdacht ausgeschlossen, daß es sich um Konterbande nach Ungarn handele, dem die Einfuhr von Waffen und Munition aus dem Zustande verboten ist.

Die Kontrolle Ungarns in dieser Hinsicht steht nach Abberufung der Kontrollkommission dem Völkerbund zu, der durch Stimmmehrheit über die eventuelle Entsendung einer Untersuchungskommission entscheidet. Die Tschecho-Slowakei hat sich in Uebereinstimmung mit den anderen Nachbarn Ungarns, die zur Kleinen Entente gehören, und das gleiche Interesse an der Erhaltung der Friedensverhältnisse in Europa haben, entschlossen, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf den Vorfall von St.-Gotthard zu lenken, da die Aufklärung dieses Vorfalles im allgemeinen Interesse liegt und zur Zerstreung aller Mißverständnisse beitragen wird. Daher beruft sich die tschecho-slowakische Regie-

rung vorläufig nicht auf einen bestimmten Artikel des Völkerbundespaktes, da sie der Ansicht ist, daß es sich hier um

eine selbstverständliche Pflicht des Völkerbundes

handelt, und daß es gerügt, auf die zum Vorschein verdächtige Tatsache hinzuweisen.

Dem Völkerbunde wird gewiß daran gelegen sein, daß jeder Verdacht im Interesse des guten Zusammenlebens der Völker von Mitteleuropa schnell verschwinde. Uns selbst ist daran gelegen, daß es in dieser Angelegenheit nicht zu einem Konflikt oder Mißverständnis zwischen den interessierten Staaten vor dem internationalen Forum komme. Die Entscheidung über das weitere Vorgehen wird nunmehr beim Völkerbunde liegen.

Arbeiterregierung in Norwegen?

Die Fraktion ist bereit!

Oslo, 24. Januar. (Eigenbericht.)

Die norwegische Arbeiterpartei hat beschlossen, den ihr vom König angebotenen Auftrag zur Regierungsbildung anzunehmen. Der Fraktionsvorsitzende der Arbeiterpartei, Madsen, ist ermächtigt worden, dem König mitzuteilen, daß die Grundlage für eine Arbeiterregierung vorliegt. Die Partei will gegebenenfalls noch im Laufe des heutigen Abends diejenigen namhaft machen, welche der Regierung angehören sollen.

Bauer in Not!

Ein paar Ausschnitte aus der Praxis. Von H. Tempel-Leer, M. d. R.

Bauer in Not — seit nahezu einem halben Jahrhundert hören wir unablässig diesen Schrei. Kein Wunder, daß man dagegen taub zu werden beginnt. Das grollende Schweigen der Millionen Erwerbsloser ist eindringlicher und lauter als der Paukenschlag der Agrarpresse.

Trotzdem: Bauerndemonstrationen, Streikdrohungen und Zwangsvollstreckungen an allen Ecken und Enden geben in diesen Tagen dem gewohnten Lärm einen Klang von Echtheit, der aufhorchen läßt. Was ist daran? Bluff oder Not? Rattenfängermelodien der Landbunddemagogen oder Hilfsrufe der werktätigen Bauernmassen?

Ein paar typische Fälle mögen Antwort geben.

Ein Pachthof an der Nordsee. Massiver Bau, langgestreckt wie die endlose Linie des Deiches. 50 Hektar allerbesten Marschlandes. Gediegenheit, die nichts von Proletarierlos und Erwerbslosentend weiß. Trotzdem blickt der hagere friesische Bauer in Sorge über die Unendlichkeit der Marsch hinweg. Wasser, soweit sein Auge sieht. Seit Jahren schon kämpft er gegen Ueberflutung und Versumpfung. Die Flußregulierungen haben Stromerregungen in den Seewatten bewirkt. Die Seile — die Ausfallstore der Entwässerungsanlagen aus dem Binnenland — öffnen sich nur noch kurze Zeit oder stecken gar im Schlud fest. Das Land versumpft und wird sauer. Binsen verdrängen die Futtergräser. Die Regenmassen können und können nicht ablaufen. Die Erschließung der Hochmoore bringt neuen Zutritt saurer Wassermengen. Die Pfländerreien — bester alter Kulturboden — entwerten rapide.

Dabei sind die Pachtkosten teilweise unerträglich schwer, und es gibt gerade in den küstentragenden viele Pachthöfe. Verdoppelte Pachten gegenüber den Vorkriegspachten sind nicht selten. Wenn solch ein Unglücksdarm zudem noch Naturalwert (Koggen- oder Butterpreis) gepachtet hat, der heute doppelt so hoch ist wie bei Antritt der Pachtung, gibt es nichts zu lachen. Dann spürt er ebenso deutlich wie der Industrieproletarier, was es heißt, ausgebeutet zu werden. Das Bodenkapital weiß seine Rente nicht minder unarmherzig einzufordern als das Industriekapital.

Der Pächter schreit nach Hilfe. Trotz Musterwirtschaft (Herdbuch, Milchkontrolle, Saatwahl, Düngungsberatung, selbstverständlich auch Besuch einer guten Landwirtschaftsschule) ein Rückgang!

Der Landbund ruft zu Demonstrationen auf. In Pommern, in Holstein, in Oldenburg, in Friesland, in Schlesien. Tausende strömen zusammen. Völkische Ständemacher vom Schlage der Weidenhöfer, Münchmeyer und Hennings finden lobenden Beifall. Die Republik hat schuld! An den Mähernten, am Bargeldmangel, am ewigen Regen und überhaupt an allem! Uralte Rezepte werden zum hundertsten Male herodorgeholt: Kredite! Steuererlass! Hochschulzölle! Aber was versteht die Republik von dem allen?

Der Bauer fühlt sich als Märtyrer der neuen Staatsordnung. Daß der armselige Wattenfischer nebenan, der seit Monaten kaum etwas gefangen hat, daß der Landarbeiter mit 9 oder 10 M. Erwerbslosenunterstützung wirkliche Not leidet, oft buchstäblich hungert, kommt ihm kaum zu Bewußtsein. In politischem und sozialem Verständnis steht der Bauer — fast möchte man sagen durchweg — weit hinter dem Arbeiter zurück.

Mit Krediten und Zöllen ist hier nichts getan. Wasserregulierung und Pachtschutz sind zwei Maßnahmen — neben anderen —, die Abhilfe schaffen können.

Einen ausreichenden Schutz gegen Pachtwucher hat der Landbund selbst verhindert, indem er im letzten Sommer im Reichstag unter Führung der großen Landbundsbarone des Ostens alle dahin zielenden Anträge der Sozialdemokratie niederstimmte.

Das Tempo der Wasserregulierung wird nicht selten gehemmt durch bürokratische Schwerfälligkeit gewisser Zentral- und Mittelbehörden, die Jahre benötigen, wo Monate genügen sollten. Außerdem fehlt es an öffentlichen Mitteln auch für die dringendsten Projekte, deren Verwirklichung nicht nur eine immense Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionskraft, sondern zugleich Arbeitsgelegenheit für Tausende von Landarbeitern schaffen würde. Aufgabe der Regierungen, der Parlamente, der Berufsorganisationen.

Eine Kete irgendwo im Hochmoor. Beklemmende Dürftigkeit. Verzehrendes Ringen mit dem Boden. Ausgemergelte Gesichter.

Kein Pfennig Bargeld im Hause. Der Torf ist nicht trocken geworden; regennah steht er noch feht im Moor, unverkäuflich.

Die Stelle ist an sich zu klein für eine Familie. Ein paar Hektar Land — und mehr nennen Tausende dieser Landproletarier nicht ihr eigen — reichen trotz ihrer fast ungläublichen Bedürfnislosigkeit eben nicht aus. Dazu niedrige

Schweinepreise, teurerer Kunstdünger, ohne den doch der Boden nichts hergibt, überflutete Weiden, so daß stellenweise das Vieh schon seit August wieder aufgestellt werden mußte; hier ist nicht selten die blanke Not zu Gast. Bei Krankheiten kann kein Arzt geholt werden. Beim Krämer ist man tief verschuldet. Private Geldgeber fordern Wucherzinsen. Zu allem anderen Unglück hat eine Reihe von Landbündgenossenschaften infolge schlüssiger Betriebsführung Konkurs anmelden müssen, und nun sollen auch noch die fälligen Haftsummen aufgebracht werden.

Dieser Not ist schwer beizukommen. Eine Gesundung solcher blutleeren Wirtschaftskörper ist im Grunde nur möglich durch die Vergrößerung der Betriebe auf den Umfang einer Ackerntahrung und weiter durch die Einrichtung neuer Bauernstellen für den relativ zu starken Bevölkerungszuwachs. Also Anlieger- und Neusiedlung.

Staatliche Maßnahmen zur Senkung der übersteuerten Kunstdüngerpreise, Stabilisierung der Schweinepreise (die Schweinemast bildet häufig die Basis der Bargeldbeschaffung), Verbesserung der teilweise unglaublich rückständigen Produktion bei Milch, Eiern und Gemüse durch Schulung und Beratung, staatlich kontrollierte Bezugs- und Absatzgenossenschaften: das alles würde einen Ausweg aus der Enge dieser Wirtschaftsformen eröffnen. Allerdings: die geistige Unbeweglichkeit und die politische Indifferenz jener Bauernschichten werden alle Akte einer solchen individuellen oder organisierten Selbsthilfe verhängnisvoll verlangsamen, und so wird vorläufig das alte Rezept Geltung behalten, das Mangel und Anspruchslosigkeit geschrieben haben: mit Frau und Kindern sich schänden vom ersten Hahnenschrei bis zur sinkenden Nacht. Wer irgend kann, flieht in die Fabriksäle oder auf die Schiffsplanken und verstärkt damit den unheimlichen Strom der landflüchtigen Ackerproletariat.

Als letztes Bild dieser knappen Reihe eine der Heuerlingsstellen an den Hängen des Teutoburger Waldes. Der Heuerling — wirtschaftlich eine Mittelform zwischen Kleinbauer und Tagelöhner — arbeitet seit Generationen auf seiner Zwergstelle, ohne sie je sein eigen nennen zu können. Er kämpft heute gleichermaßen um die Verbesserung dieser seiner Rechtslage, wie um die Sicherung seiner Produktionsbasis. Dabei hat er gelernt, daß ihn nur die wirtschaftliche und politische Organisation aus seiner individuellen Not herausziehen kann. Die Verbände der Heuerleute haben längst Fühlung mit der Sozialdemokratie genommen und mit ihrer Hilfe in den Parlamenten wesentliche Sicherungen gegen Ausbeutung und Willkür gegenüber den Großbauern durchsetzen können.

Im Augenblick verhandeln sie mit der Großverkaufsgenossenschaft deutscher Konsumvereine, der GEG, in Hamburg, über Schweinemastverträge, die sie vor den ruinösen Schwankungen der Schweinepreise schützen sollen. Wenn der Zentner Lebendgewicht heute noch nicht die Hälfte dessen erbringt, was man vor einem Jahr erhielt, und wenn dazu dank Bürgerblock und Landbund die Futtermittel unerhört verteuert sind, dann wird der kleine Schweinemäster — und dazu gehört die Mehrzahl der Kleinbauern — um den Ertrag seiner Arbeit glattweg betrogen. Die Verträge mit der GEG, bezwecken deshalb vor allem eine Stabilisierung der Preise. Da allein die von der GEG erwarbene große Fleischfabrik in Menburg jährlich bis zu einer halben Million Schweine verarbeiten will, so ist hier Gelegenheit zu einer umfassenden organisierten Zusammenarbeit von Bauern und Konsumenten gegeben — ein Musterbeispiel für eine wirtschaftlich vernünftige Behebung bäuerlicher Nöte durch genossenschaftliche Arbeit.

Die Hagelschauer der allgemeinen Krise unserer Ueberzugszeit und der besonderen Witterschäden des letzten Jahres sind naturgemäß auch auf unsere Bauernhöfe niedergeschlagen. Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich — unbekümmert um das landbündnerische Geschrei der Bauernfeindschaft der Partei — bereit, dem Bauerntum die Umstellung aus überalterten Formen der Betriebsführung und Absatzregelung auf die Bedürfnisse der Gegenwart mit allen Mitteln staatlicher und genossenschaftlicher Hilfeleistung zu erleichtern. Wie weit Parlamente, Bureaucratie und die Bauern selbst dabei in Bewegung gebracht werden können, bleibt abzuwarten. Auch hier wird der neue Reichstag andere Kräfte zu mobilisieren imstande sein, als es heute möglich ist. Der Bauer wird gut tun, wenn er gerade in diesen Fragen seine eigene Ueberlegung und nicht das Drafel der Hugenberg-Kreisblätter und der Landbundsblätter befragt. Politische Einsicht ist eines der vornehmsten Elemente bäuerlicher Selbsthilfe. Die nächsten Wahlen werden zeigen, wie weit der Bauer dafür reif ist.

Politische Justiz.

Zwei Berufungsverhandlungen vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 24. Januar. (Eigenbericht.)

Der monarchistische Generalleutnant a. D. Senfart von Schellendorf hatte sich vor wenigen Monaten anlässlich einer Veranstaltung des Bismarck und des Tannenbergbundes in Königsberg das Vergnügen geleistet, von einer „jämmerlichen Republik“ zu sprechen, die nur ihr Leben trübe, weil sie die Offiziere und Beamten des alten Königtums übernommen habe. Der monarchistische General wurde damals trotz dieses schweren Bergehens gegen das Republikangebot freigesprochen. Der Staatsanwalt legte gegen dieses Urteil Revision ein, mit der sich am Dienstag der zweite Strafsenat des Reichsgerichts befahte. Obwohl der Reichsanwalt wegen des Ausdrucks „jämmerliche Republik“ eine Bestrafung des Angeklagten verlangte, verzichtete der Senat die Revision.

Der gleiche Senat bestätigte dagegen die schwere Strafe gegen einen Arbeiter Werker, der vom Landgericht in Berlin wegen kommunistischer Ausschreitungen und Bestechungen im September v. J. zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er angeblich mit zwei anderen Genossen einen Polizeibeamten tätlich beleidigt hatte!

Auflösung einer Ortsgruppe des Roten Frontkämpferbundes. Der preussische Minister des Innern hat mit Zustimmung der Reichsregierung die Ortsgruppe, Fallenburg in Pommern des Roten Frontkämpferbundes, einschließlich der „Roten Jungfront“ aufgelöst. Alle militärischen Geräte und sonstigen Gegenstände der genannten Ortsgruppe oder ihrer Mitglieder, die unzulässigen Zwecken dienen haben, werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt und eingezogen.

Rechtsblock und Staatsgerichtshof

Der wachsende Luther-Standal. — Ein unmöglicher Reinwaschungsversuch.

Wie die Kähen um den heißen Brei schleichen die Zeitungen der Rechten um den Luther-Standal herum, nur eine wagt sich heran und verbrennt sich dabei die Psoten. Es ist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ — sie muß ja wohl —, die als einzige den Versuch unternimmt, die von der Bürgerblockregierung verübte Rechtsverweigerung zu verteidigen. Dabei gelangen ihr Sätze wie diese: „Das Urteil des Staatsgerichtshofs ist lediglich ein Feststellungsurteil, das zu einer Handlung nicht verpflichtet.“ Oder: „An dem Urteil steht kein Wort, daß die Ernennung Dr. Luthers nichtig sei.“ Wirklich nicht? In dem Urteil steht: „Die Verwirklichung des preussischen Anspruchs war zur Zeit des Todes des Geh. Kommerzienrats Arnhold durchführbar und ist es heute noch. Die Durchführung hat das Reich zu Unrecht verweigert.“

Der Staatsgerichtshof sagt klar, daß die Ernennung Luthers widerrechtlich war. „Widerrechtlich“ ist aber nicht gleichbedeutend mit „nichtig“, beherrscht uns der Kronjurist der Schwerindustrie. „Die Verwirklichung des preussischen Anspruchs ist heute noch durchführbar“, sagt der Staatsgerichtshof. Das ist sein Rechtsstandpunkt. Aber vom Rechtsstandpunkt der Reichsregierung ist der preussische Anspruch „heute“ eben nicht durchführbar, weil der widerrechtlich ernannte Luther wie angeleimt auf seinem Posten sitzt.

Daß sich das Verhalten einer deutschen Reichsregierung nicht anders verteidigen läßt als durch solche Rabulistik, daran zeigt sich die ganze Schande, die durch diesen unerhörten Standal dem Deutschen Reich aufgeladen worden ist. Diesem Tatbestand gegenüber ist die Frage, ob die Ernennung Luthers auf Grund einer förmlichen Abmachung erfolgt ist, was bestritten wird, und ob die Reichsbahntantiemen auf die Kanzlerpension verrechnet werden, nebensächlicher Natur. Tatbestand ist, daß die Reichsregierung und Luther, Luther und die Reichsregierung gemeinsam einen Zustand aufrecht erhalten, der von der höchsten gerichtlichen Instanz des Reichs in einem rechtskräftigen Urteil für widerrechtlich erklärt worden ist.

Der Grundsatz, daß das Recht die Grundlage des Staatswesens ist, wird auf diese Weise von der gegenwärtigen Regierung des Reiches negiert. Wenn die Bürgerblockregierung von dem Schauplatz ihrer Tätigkeit verschwinden wird, wird sie einen Trümmerhaufen hinterlassen, und auf diesem Trümmerhaufen liegt zerbrochenes Recht.

Um die Ruhrentschädigungen.

Demokraten mit dem Bürgerblock!

Der Reichstag beendete am Dienstag die Debatte über den Bericht des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Ruhrentschädigungen. Der Bericht des Ausschusses, der feststellt, daß eine Verletzung des Staatsrechts des Reichstags vorliegt, daß Ueberzahlungen in erheblichem Umfang erfolgt sind und daß die Ansprüche der Großgeschädigten wesentlich günstiger behandelt wurden als die Ansprüche der übrigen Geschädigten wurde gebilligt. Damit haben selbst die bürgerlichen Parteien anerkannt, daß

die Haltung der früheren Reichsregierung unzulässig war, einen groben Verstoß gegen die Reichsverfassung und das Staatsrecht des Reichstags darstellt und eine Begünstigung von politisch einflussreichen kapitalistischen Gruppen mit sich gebracht hat.

Vor drei Jahren, am 20. Februar 1925, bei der ersten Debatte über die Ruhrentschädigungen klang es ganz anders. Damals erklärten die Fraktionen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei, daß sie die Zahlung der Ruhrentschädigungen unter Verletzung des Staatsrechts des Reichstags „als den durch die Verfassung des Reiches gebotenen Schritt ansehen, und daß weder die Zusagen der Reichsregierung, noch die von ihr vollzogenen Leistungen die Finanzen des Reichs geschädigt oder Privatpersonen und Firmen rechtswidrig bereichert haben“.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte nun folgenden Antrag gestellt:

„Der Reichstag mißbilligt, daß die Reichsregierung die Entschädigungszahlungen des Reiches an die Großindustrie des besetzten Gebietes unter Verletzung des Staatsrechts des Reichstags vorgenommen hat.“

Er fordert die Reichsregierung auf, die durch das Urteil der Mehrheit des Ausschusses festgestellten erheblichen Ueberzahlungen wieder einzuziehen und sie zur Entschädigung derjenigen Angehörigen des Mittelstandes, Angestellten und Arbeitern zu verwenden, die gar nicht oder zu gering entschädigt wurden und noch Ansprüche an das Reich haben.

In der Begründung dieses Antrages hatte Genosse Dr. Herz auf Grund des Berichts des Ausschusses die den ganzen Reichstag überraschende Tatsache festgestellt, daß selbst der deutschnationale Industriefinanzist Dr. Rade-macher Ueberzahlungen an die Großindustrie in Höhe von 34 Millionen anerkannt hatte. Trotzdem wurde der sozialdemokratische Antrag in namentlicher Abstimmung mit 193 gegen 173 Stimmen abgelehnt. Außer den Sozialdemokraten und Kommunisten stimmte nur die Wirtschaftspartei für den Antrag. Die Demokraten, die mit der Regierungskoalition gegen ihn stimmten, bewahrten also den Bürgerblock vor einer sicheren Niederlage. Ihnen verdanken es die Großindustriellen, daß sie die zu unrecht vom Reich in der schwersten Notzeit des Jahres 1923 erpreßten Millionen behalten dürfen.

Aus dieser Abstimmung läßt sich ferner erkennen, daß der kommunistische Antrag, Stresemann und Marx vor den Staatsgerichtshof zu stellen, nur eine leere Demonstration bedeutete. Er kam überhaupt nicht zur Abstimmung, weil er die nach Artikel 50 der Reichsverfassung erforderlichen 100 Unterschriften nicht besaß. Aber auch sonst wäre er nicht angenommen worden, weil zu seiner Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Die sozialdemokratische Fraktion hielt diesen Antrag aber auch deswegen für sinnlos, weil er eine rein politische Machtfraße zu einer Rechtsfrage stempeln wollte und eine lächerliche Ueberhöhung der Objektivität des Staatsgerichtshofs an den Tag legte. Aber was tun Kommunisten nicht, wenn sie glauben, die Sozialdemokratie „entlarven“ zu können?

Riesengeschenke für Großagrarien.

Die Pläne des Rechtsblocks. — Schiele will das Gefrierfleisch verteuern!

Unterstützt durch einen heftigen Agitationsfeldzug des Landbundes, der auch vor der Drohung mit dem Produktionsstreck nicht zurückbleibt, bemüht sich der Rechtsblock, mit einer Hilfsaktion für die Agrarien auf dem Lande Stimmung für die arg geschwächten Rechtsparteien zu machen. Gestern beriet wieder der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien über das Projekt. Wegen den Plan einer Uebernahme der Rentenbankausgaben durch das Reich wurden starke Bedenken vorgetragen und darauf hingewiesen, daß durch eine solche Maßnahme die Kreditwürdigkeit der Landwirtschaft im Ausland stark beeinträchtigt wird. Infolge dieser Ueberlegungen bezeichnete der Ausschuss die ganze Frage nicht für sprechreif und überwies sie dem Finanzministerium zur weiteren Prüfung.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde u. a. auch die Kreditfrage der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste erörtert und festgestellt, daß die Uebernahme des Kreditvolumens der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste durch 60 Millionen Mark Rentenbankausgaben bei der Reichsbank belastet. Das Reichsfinanzministerium wird nun versuchen, der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste das Kontingent von 60 Millionen Mark abzunehmen. Außerdem ist der Reichsfinanzminister bereit, den im vorigen Jahr gegebenen 100 Millionen-Düngerkredit erst zwischen der Ernte 1928 und dem 31. März 1929 in Raten zurückzuführen. Dadurch wird die Preussische Zentralgenossenschaftsliste am 1. Februar und am 1. April fälligen Wechselraten nicht zurückzuführen.

Soweit der Plan einer Auslandsanleihe für die Landwirtschaft zur Erörterung stand, wurde betont, daß sich der Auslandsgeldmarkt augenblicklich in sehr ungünstiger Verfassung befindet. Es sei jedoch auf eine Besserung zu hoffen. Dann wurde die Frage erörtert, ob die Begebung von Schatzwechseln zweckmäßig wäre und konstatiert, daß die Reichsregierung bei der Ausgabe von Schatzwechseln völlig von der Lage des Geldmarktes abhängig sei. Die Reichsregierung beabsichtigt jedoch, eine Summe

bis zu 100 Millionen Mark als Zwischensumme

für die Ueberleitung der schwebenden Personalschuld in fundierte Kredite zur Verfügung zu stellen.

Auch ein Ruhnießer der Agrarpolitik Schiele.

Die Sanierungsmassnahmen des Rechtsblocks haben, soweit man sehen kann, den Charakter, daß sie wahllos den tüchtigen und den untüchtigen Landwirten zugute kommen sollen. Daher ist eine Anfrage interessant, die Genosse Hartwig im Preussischen Landtag gestellt hat. Sie verweist darauf, daß auf dem Gute Agraben im

Kreise Randow nach Angaben unseres Pommerschen Parteiblattes ungläubliche Wohnverhältnisse herrschen. So brach dort vor kurzem die Decke einer Wohnung durch. Bei dem Unfall wurde eine Frau schwer verletzt.

Was es aber mit der Landwirtschaft des Gutsbesitzers, eines Hauptmanns Liebe, auf sich hat, davon zeugt die Feststellung, daß von dem zweitausend Morgen umfassenden Grundbesitz nicht mehr als 50 Morgen bestellt sind.

Bleibsel erhält Herr Liebe bei dieser Gelegenheit eine Produktionsprämie von seinem Freunde Schiele.

Gefrierfleisch soll verteuert werden.

In einem gröherten Artikel wiesen wir kürzlich auf die unerträglichen Zustände im Handel mit Gefrierfleisch hin, die daher kommen, daß nur ein Teil des notwendigen Gefrierfleisches zollfrei eingeführt werden darf und infolgedessen einige raffinierte Zwischenhändler sich daran ungeheuerlich zu bereichern verstehen.

Das Blatt der Großagrarien, die „Deutsche Tageszeitung“, teilt jetzt ihren Lesern diese Tatsache ebenfalls mit und schließt daran die Forderung — nicht etwa Gefrierfleisch durchweg zollfrei hereinzulassen, wie es im Interesse der Verbraucher läge —, sondern die zollfreie Gefrierfleisch-einfuhr sofort aufzuheben.

Die Forderungen des Agrarierorgans könnten unbeachtet bleiben, wenn nicht die deutschnationale Pressestelle, die jetzt die Geschäfte des Herrn Schiele vertritt, von einer gewissen Geneigtheit der Regierungsparteien zum Abbau der zollfreien Gefrierfleisch-einfuhr zu berichten wüßte. Hier liegt ein freventlicher Anschlag auf die Ernährung der minderbemittelten Volksschichten vor, die unter Arbeitslosigkeit und Teuerung schon genug zu leiden haben. Die Sozialdemokratie wird derartigen Bestrebungen mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Reinigung in der Marineverwaltung.

Nachwirkungen der Phoebus-Affäre.

Das Reichsmarineamt beruft, wie der „Soz. Presse-dienst“ erfährt, eine Denkschrift über einen Reorganisationsplan zur Vereinfachung der Marineverwaltung vor. Diese Arbeit erfolgt in gewissem Zusammenhang mit der Phoebus-Affäre. Man scheint in der Reichsmarineverwaltung bestrebt, wenigstens einen Teil der für die Phoebus-Affäre verpulverten Steuergelder durch eigene Sparmaßnahmen herauszuholen zu wollen. Uns scheint es zu diesem Zwecke ratsam, vor allem auf den Bau unnäher Panzerkreuzer zu verzichten.

Schulz in Plöhensee.

Künstliche Erregung bei den Femehütern.

Die vier vom Berliner Schwurgericht wegen Fememordes und Mittäterschaft zum Tode verurteilten „Schwarze Reichswehr“-Leute Oberleutnant Schulz, Klopptsch, Führmann und Umlauf sind, nachdem das Todesurteil vom Reichsgericht bestätigt worden ist, am Sonnabend vom Untersuchungsgefängnis in die Strafanstalt Plöhensee übergeführt worden.

Darob ist in der „nationalen“ Presse große Entrüstung ausgebrochen. Ein völkischer Reichstagsabgeordneter hat sogar den Reichspräsidenten oder doch dessen Bureau zu einer Intervention veranlassen wollen, der deutschnationale Reichsjustizminister Hergt wird in Bewegung gesetzt, damit er ein Wort für bessere Behandlung der „nationalen“ Gefangenen einlege. Die Staatsanwaltschaft, die in diesem Falle tat, was sie in anderen ähnlichen Fällen immer zu tun pflegt, wird auf das heftigste angegriffen. Frühere Generale bemühen sich beim Reichswehrministerium, doch es seien früheren Schützling nicht verlosse. Das Groef-Blatt behauptet, daß bereits „die Bauernrevolution vor der Tür“ stehe und daß man jetzt auch noch die „Frontsoldaten zum äußersten reizen“ wolle!

Kurz, es ist eine große Bewegung im Gange, um für die rechtskräftig wegen Mordes Verurteilten eine Vorzugsbehandlung zu erwirken und damit den großen Gnadenakt vorzubereiten, den die „Baterländischen“ für die Femehütern für selbstverständlich halten.

Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich gegen die Todesstrafe. Ihre Anträge auf Beseitigung dieser mittelalterlichen Straform sind jedoch im Reichstag gerade von den Parteien abgelehnt worden, die, wie die deutschnationale Frau Müller-Ottfried, in der Todesstrafe ein Kulturmittel sehen. Wenn also die Schulz und Genossen dem Schlichter überliefert würden, so wäre das nur im Sinne der Deutschnationalen, die sich am heftigsten gegen die Abschaffung der Todesstrafe sträuben. Aber trotzdem werden wir nie die Forderung stellen, daß eine einmal verhängte Todesstrafe vollstreckt wird. Selbst im Falle der Fememörder nicht, die mit gräulicher Kollateraltötung unter dem Mantel nationaler Gesinnung ihr blutiges Gewerbe ausübten. Es ist auch mit einiger Sicherheit zu erwarten, daß die preussische Regierung, die erst dieser Tage der Rührer Böttcher hinstreckte, die Fememörder vor dem Bell bewahrt.

Aber das bedeutet natürlich nicht, daß die Schulz und Genossen nun Anspruch auf eine Vorzugsbehandlung hätten. Wenn sie deshalb als Verurteilte einstweilen in sichereres Gewahrsam genommen würden, so ist das um so verständlicher, als der Fall Ehrhardt und der Fall Dittmer beweisen, daß völkische Gefangene vor gewalttätiger Befreiung nicht immer sicher sind. Doch inzwischen die Gnadengesuche in gleicher Weise behandelt werden wie sonst derartige Gesuche, bedarf bei der preussischen Praxis keiner besonderen Erwähnung. Nur daß man den Reichspräsidenten gegen preussische Strafvollstreckung zu Hilfe rufen dürfte ein Neues in der Geschichte der Republik sein.

Die Reform des Ehescheidungsrechts.

Vorschläge des Unterausschusses.

Der vom Rechtsausschuß des Reichstags zur Beratung der Ehescheidungsreform eingesetzte Unterausschuß kam in seiner gestrigen Sitzung zu einer Einigung über die Grundzüge der künftigen Ehescheidungsbestimmungen. Danach soll künftig ein Ehegatte auf Scheidung klagen können, wenn eine tiefe Erschütterung des ehelichen Verhältnisses eingetreten ist, wenn ferner eine dem Wesen der Ehe entsprechende Fortführung der Lebensgemeinschaft nicht mehr erwartet werden kann, und wenn schließlich infolge der Zerrüttung die Lebensgemeinschaft der Ehe seit mindestens einem Jahre vor Erhebung der Klage nicht mehr besteht. Ferner soll auf Scheidung geklagt werden können, wenn die Ehegatten mindestens fünf Jahre voneinander getrennt haben, ohne daß böswilliges Verlassen vorliegt.

Diktatur im Memelland.

Landtagsprotest darf nicht abgedruckt werden!

Memel, 24. Januar.

Der memelländische Landtag hat gegen die Stimmen der Großlitauer und Kommunisten folgenden Dringlichkeitsantrag angenommen: „Der Gouverneur hat am 31. Dezember 1927 die ordentliche Session des Landtags geschlossen und die ordentliche Session für 1928 einberufen, da der Landtag bereits am 20. Dezember 1927 beschloffen hatte, die ordentliche Session an diesem Tage zu schließen und am heutigen Tage die ordentliche Session für 1928 zu beginnen. In Artikel 12 des Statuts für das Memelgebiet ist das Recht des Gouverneurs, die Landtagssitzung einzuberufen, zu schließen oder zu vertagen, ausdrücklich beschränkt auf außerordentliche Sessions. Der Landtag erblickt in der Inanspruchnahme des Rechtes auf Eröffnung, Schließung oder Vertagung der ordentlichen Sessions durch den Gouverneur eine Schwächung seines ihm durch das Statut gegebenen Rechtes. Er erhebt hiergegen öffentlich Protest.“ Die Veröffentlichung des Dringlichkeitsantrages wurde der memelländischen Presse durch die Zensur untersagt.

Schwedischer Totalabrüstungsvorschlag

Von einem Sozialdemokraten eingebracht.

Stockholm, 24. Januar. (Mit.)

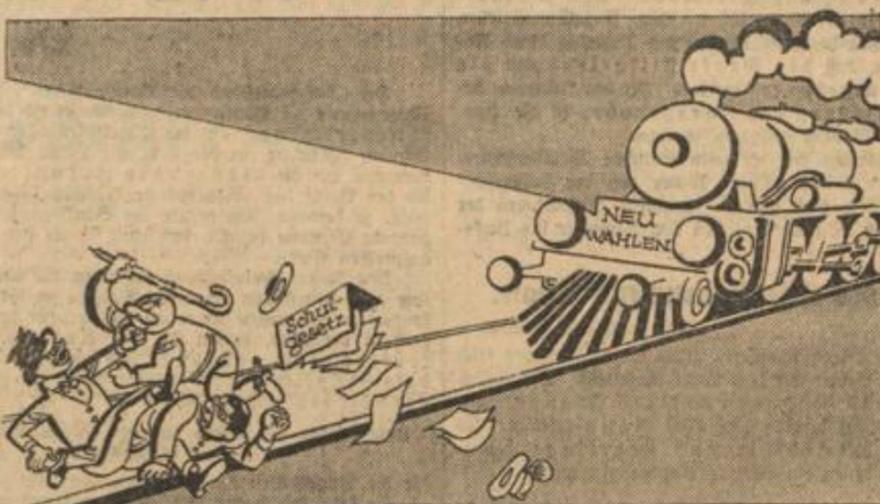
Der sozialdemokratische Abgeordnete Lienhagen reichte in der Esten Kammer einen Gesetzesvorschlag ein, nach welchem der Regierung auferlegt werden soll, im Verein mit den übrigen skandinavischen Ländern eine vollständige Abrüstung dieser Länder zu erwirken und eventuell Stellung zu einer Abrüstung Schwedens allein im Anschluß an andere bereits abgerüstete Länder, besonders Deutschland, Stellung zu nehmen.

Rigaer Kommunistenprozeß.

Riga, 24. Januar.

Der Prozeß gegen mehrere Mitglieder der kommunistischen Jugend endete mit der Verurteilung von fünf Angeklagten, darunter des Moskauer Sendlings Miller, zu Zwangsarbeitsstrafen von drei bis sechs Jahren. Fünfzehn Angeklagte wurden zu zwei bis vier Jahren Festung verurteilt, sechs wurden freigesprochen. In mehreren Städten des Landes, besonders in Riga, erfolgten weitere Verhaftungen.

Die Koalitionsfreunde.



„Immer feste druff, die Lokomotive ist ja noch weit!“

Im Kampf um die Volksgesundheit

Sozialdemokratische Forderungen.

Im Hauptauschuß des preussischen Landtags kam es gestern zu einer grundsätzlich wichtigen Aussprache über Fragen der Volksgesundheit. Genossin Ege-Frankfurt forderte eine stärkere Vertretung der Frauen in der Abteilung Gesundheitswesen im Wohlfahrtsministerium. Das Versprechen, daß die Mitarbeit der Frau an dieser Stelle einsehen soll, muß endlich eingelöst werden. Es ist bedauerlich, daß wir

in ganz Preußen nur fünf Gewerbemedizinräte

haben. Diese fünf haben zusammen 46 554 Betriebe zu beaufsichtigen. Wenn jeder Betrieb einmal im Jahre beaufsichtigt werden müßte, dann kämen täglich auf einen Gewerbemedizinrat im Durchschnitt 87,4 Betriebe. Vor allen Dingen ist es notwendig, weibliche Gewerbearzte anzustellen. Genossin Ege verlangte insbesondere die Durchführung des Gesetzes vom 16. Juli 1927, das die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft regelt. Ohne weibliche Gewerbearzte ist die Durchführung dieses Gesetzes unmöglich gemacht. Genossin Ege wies auf die Gefahren der Einwirkung der Frauennarbeit auf die Schwangerschaft hin. Die arbeitende Frau muß sechs Wochen vorher die Arbeit niederlegen. Unser Antrag fordert eine Aenderung der Reichsverordnung und die Erhöhung des Wochenlohnes um soviel, daß der volle Arbeitsverdienst erreicht wird. Preußen hat schon seit dem Jahr 1901 an einem Hebammenmangel gearbeitet und 1922 einen Entwurf vorgelegt, der allerdings nach einem halben Jahr in seinen wichtigsten Teilen schon wieder für ungültig erklärt wurde. Wir fordern durch unseren Antrag ein Reichsgesetz, das endlich allen Hebammen die gleiche Ausbildung bringt. Rednerin wies dann auf den außerordentlichen Geburtenrückgang und auf die höhere Sterblichkeit besonders der arbeitenden Bevölkerung hin, die zu verzeichnen sind, abgleich die

Entbindungsheime der Krankenhäuser mit Gebärenden überfüllt

sind. Wir unterstützen den Antrag der Forschungsanstalt darin, 120 000 Mark jährlich für wissenschaftliche Forschungen auf dem Gebiet der Krüppelfürsorge zu verwenden. Zur Jugendwohlfahrt forderte Genossin Ege ständige Zuzüsse, um den Gesundheitsdienst an unserem Volke, namentlich an unserer Jugend, zum Wohl aller Volksgenossen zu verbessern. Genossin Ege stellte die

ungeheure Zunahme der Erwerbslosen

fest. Sie wies an einem Beispiel aus Rassel nach, daß bei 200 000 Einwohnern 9 Prozent Unterstützungsbedürftige vorhanden sind. Zur Verbesserung von Sittlichkeit und Moral ist es notwendig, vor allem die Kinderspeisung dauernd durchzuführen, und es ist nicht zu rechtfertigen, daß der Betrag von 1 Million Mark hierfür gestrichen wird. Die allgemeine Preissteigerung gerade im vergangenen Jahre für die wichtigsten Nahrungsmittel um 25 bis 30

Prozent ist nicht mehr ernstlich zu bestreiten. Selbst Geheimrat Krohne hat keine Erklärung dafür gefunden, daß die Zunahme der Sterblichkeit im Jahre 1926 auf 1000 Personen 11,6, und im Jahre 1927 auf 1000 Personen 12,8 Prozent beträgt.

Schlechte Wohnungsverhältnisse, zu geringe Einnahmen und die enormen Preissteigerungen lassen die Menschen zugrunde gehen.

Genossin Ege weist weiter auf verheerende Wirkungen von Frauen- und Kinderarbeit hin und erwähnt den Fall eines Kriegsbeschädigten, der seit zwei Jahren nichts verdient, so daß seine Frau und zwei Kinder von 9 und 12 Jahren sich durch schlecht bezahlte Arbeit in der Tabakindustrie mit wöchentlich 10 Mark Verdienst unterhalten müssen. Besonders einzuschreiten ist gegen die immer noch geduldeten

Kindertarbeit auf dem Lande.

Von 400 000 Landkindern arbeiten 223 000 ständig, und 168 000 vorübergehend. Das internationale Jugendschutzprogramm fordert die Beseitigung der Kinderarbeit. Welche verheerenden Wirkungen heute zu verzeichnen sind, das zeigen die Gesundheitsverhältnisse im kleinen Dörfchen a. d. Bahn. Dort sind 40 Prozent frange Schulkinde vorhanden.

Genossin Ege behandelte bei der Frage der Innungs-Frankenkassen besonders den im Reichstag angenommenen Antrag, der fordert, daß die Voraussetzungen für die Errichtung neuer Land-, Betriebs- und Innungs-Frankenkassen von den Oberpersönlichkeitsämtern scharfer geprüft und die Genehmigung bei der Bildung leistungsunfähiger Klassen verweigert wird, was nach, daß trotz des Beschlusses des Reichstages und des Erlasses des Reichsarbeitsministers durch den preussischen Minister für Volkswohlfahrt nach wie vor keine Innungs-Frankenkassen errichtet werden. In diesem Zusammenhang ging sie auf eine Eingabe des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen an das Wohlfahrtsministerium ein, den Vergütungslohn für jede ausgestellte oder umgekehrte Quittungskarte für die Invalidenversicherung auf 15 Pf. festzusetzen. Der Minister hat trotz aller ihm nachgewiesenen Fälle diese Eingabe leider abgelehnt.

In der weiteren Aussprache verlangte u. a. Frau Abg. Christmann (Soz.) ein staatliches Kontrollrecht über alle privaten Wohlfahrtsanstalten und einheitliche Festlegung der Pflegegelder.

Frau Abg. Kirschmann (Soz.) wandte sich gegen die Bevorzugung konfessioneller Anstalten und erklärte, die Arbeitsanstalten würden zurückgesetzt. (Minister Hirtfelder bemerkt in einem Zwischenruf, daß die Anstalten im Verhältnis zu ihren Leistungen und der Zahl ihrer Beamten dotiert würden.) Die Rednerin verlangte ferner weitere Mittel für Kinderspeisungen.

Finanzdebatte in Paris.

Die Opposition uneinig. — Das positive Programm der Sozialisten.

Paris, 24. Januar. (Eigenbericht.)

Der Beginn der seit langem mit größter Spannung erwarteten Finanzdebatte in der Kammer brachte dem Publikum, das in Erwartung scharfer Zusammenstöße und sensationeller Zwischenfälle in Massen Galerien und Tribünen gesieumt hatte, zunächst eine Enttäuschung. Nach den Anknüpfungen der letzten Tage hatte man erwartet, daß Poincaré am Dienstag die Diskussion eröffnen werde. Er hatte jedoch in letzter Minute diesen Plan aufgegeben, um zunächst die Interpellationen zu Wort kommen zu lassen und sich für seine Intervention den taktisch günstigsten Moment auszusuchen.

Eine der größten Chancen für Poincaré ist, daß auch diesmal wieder seine

Gegner uneinig und innerlich gespalten

sind. Die Radikalen, deren Kammerfraktion am Dienstag zusammengetreten war, um sich über ihre endgültige Haltung in der Finanzfrage schlüssig zu werden, ist wiederum zu keiner Einigung gelangt. Eine vom Abgeordneten Ralony ausgearbeitete Resolution wurde zwar angenommen, es konnte jedoch über die Taktik, die bei der Endbestimmung eingeschlagen werden soll, eine Einigung nicht erzielt werden. In der Kammer ergriff als erster der sozialistische Abgeordnete Bedouce

das Wort. Einleitend erklärte er, daß es sich bei dieser Diskussion um Fragen handele, die von der gesamten Bevölkerung gestellt wer-

den und deren klare Beantwortung das ganze Land erwarde. Die sozialistische Partei werde gewöhnlich als destruktiv bezeichnet, doch wäre gerade sie es gewesen, die infolge der mangelnden Initiative der bürgerlichen Parteien ein konstruktives Sanierungsprogramm vorgelegt habe. Bedouce erörterte hierauf ausführlich die Ursachen der Währungskrise. Schon während des Krieges wären große Fehler gemacht worden, da man es abliehte, das Kapital der Bürger zu mobilisieren und dem englischen Beispiel, einen Krieg mit Steuern und nicht mit Anleihen zu finanzieren, zu folgen. Erst auf ein Ultimatum der Sozialistischen Partei hin sei im Jahre 1917 eine Einkommensteuer eingeführt worden. Später habe man sich mit der Versicherung begnügt, daß Deutschland alles bezahlen werde. Die französischen Sozialisten hätten später den Frieden von Versailles abgelehnt, weil sie es für ausgeschlossen hielten, daß Frankreichs Schulden von Deutschland bezahlt würden.

Der Traum der deutschen Milliarden

habe sich auch bald in Nichts aufgelöst und das französische Defizit sei bis 1924 auf über 300 Milliarden Franken gestiegen, nachdem die Währungsstände gegen die erforderliche Besteuerung weiter angebaut hätten. Schuld an dem Zusammenbruch sei also vor allem die Steuerbesertion des Kapitals gewesen. Bedouce schloß mit einer Ausführung über die Aufgaben der Stabilisierung. Die Sozialisten fordern eine Stabilisierung zum jetzigen Kurs.

Das Rätsel der Landsberger Msee.

Es bleibt nur eine Gasexplosion übrig.

In der Landsberger Msee fand, wie feinerzeit mitgeteilt, am 7. d. M. eine erste Besichtigung der Unglücksstelle statt. Die Sachverständigen konnten damals zu einem bestimmten Ergebnis schon deshalb nicht kommen, weil vieles, was für die Untersuchung wesentlich war, noch unter den Trümmern lag. Unter Aufsicht der Kriminalpolizei und der Feuerwehr wurden seitdem die Aufräumungsarbeiten mit aller Eile und Sorgfalt fortgesetzt und endlich abgeschlossen. So konnte gestern die schon damals in Aussicht genommene zweite Besichtigung stattfinden. Daron nahmen wieder Staatsanwaltschaftsrat Keller, Kriminalrat Gennat, Kriminalkommissar Bunge und der Chemiker Prof. Dr. Bräuning vom Polizeipräsidenten, außerdem Dr. Mathias vom Kaiser-Wilhelm-Institut, Geheimrat Ritter vom Chemischen Reichsinstitut, Baurat Busan von der Feuerwehr, Major Müller von der Schutzpolizei, Gewerbe- und Bauräte des Magistrats und Sachverständige der Gaswerke teil.

Festgestellt wurde zweierlei: Eine Benzinexplosion, von der neuerdings Gerüchte wissen wollten, ist nicht die Ursache. Benzin als Triebkraft ist seit Jahren in dem Fleischereibetrieb im Keller nicht mehr verwendet worden. Der Benzintank stand seit Jahren leer und wurde ganz intakt vorgefunden. Auch die Ammoniakanlage ist intakt, bis auf einige Brüche, die durch herabfallende Trümmer verursacht worden sind. Hiernach blieb also nur eine Gasexplosion übrig. In den Gasöfen, die zur Aufrechterhaltung einer Temperatur von 10 Grad in den Kühl- und Pöfelräumen dienen, kann eine Explosion sich auch nicht ereignet haben, denn auch sie sind wenig beschädigt. Die Säbne standen nicht ganz auf. Das erklärt sich daraus, daß zur Aufrechterhaltung der gewünschten Temperatur mittlere oder kleine Flammen genügt. Nach Aussage der Arbeiter sind die Defen seit dem 23. Dezember über die Weihnachtsfeiertage hinweg bis zur Zeit der Explosion ununterbrochen im Betrieb gewesen. Auch während der Streiktage wurden sie von Beauftragten der Geschäftsleitung kontrolliert. An der neuen Gaszufuhr von der Straße her ist der Wasserlauf auf der Straße voll Wasser gewesen, hätte also eine etwaige Bruchstelle gesperret. Die Explosion kann nur in den Kellergängen erfolgt sein. Diese verschiedenen Gänge haben keine Verbindungsluken, so daß sie sich in der ganzen Ausdehnung mit Gas anfüllen konnten.

Aus den beiden Gasöfen kann, auch wenn die Flammen erloschen waren, nach Ansicht der Sachverständigen keine so große Menge ausgetreten sein, wie sie vorhanden gewesen sein muß, um die Verheerungen anrichten zu können. Es muß also irgendwo eine größere Öffnung vorhanden gewesen sein. An der Zuführung von der Straße her ist der Verschlußapparat vorhanden gewesen. Von hier kann kein Gas in den Keller gelangt sein. Die Gasöfen hatten ein Abzugsrohr in Schornsteine hinein. Einer dieser Schornsteine war zwar abgedichtet, hatte aber trotzdem noch Zug. Entzündet kann sich das Gas an einer Flamme der Defen haben. Es muß denn in kurzer Zeit in so großer Menge ausgetreten sein, daß die Flamme nur einen ganz geringen Teil verzehren konnte.

Baupolizei läßt Besselstraße 22 räumen.

Am 28. Juli 1927 berichteten wir an dieser Stelle über den bedrohlichen Zustand des Hauses Besselstr. 22. Die Baupolizei hat daraufhin die Fundamente des Hauses geprüft. Das Haus steht ebenfalls auf Moorboden. Schon seit Jahren haben sich die Grundmauern gesenkt. Die dadurch entstehenden Risse wurden immer größer, so daß gestern die Baupolizei bei einer erneuten Prüfung des Hauses die Räumung beschloß.

Das Haus Besselstr. 22 ist im Jahre 1895 neu erbaut worden, nachdem an dieser Stelle ein Wohnhaus gestanden hatte, und war von dem, den alten Berliner noch bekannten Restaurateur Sterneder aus Schloß Wolfenfee errichtet worden.

Schon beim Bau des Hauses entstanden große Schwierigkeiten, und Sterneder hat hier einen erheblichen Teil seines großen Vermögens eingebüßt, da man an dieser Stelle der südlichen Friedrichstadt keinen Baugrund finden konnte. Die ganze Gegend ist nämlich durch den im 18. Jahrhundert von der Charlottenstraße zum Kupfergraben führenden sogenannten „Hundegraben“, ein kleines schmutziges Gewässer, total verpumpt worden. Der Bau des bekannten großen Geschäftshauses in der Friedrichstraße, gegenüber der Besselstraße, hatte den Architekten ungeheure Schwierigkeiten bereitet, und fast 20 Monate liefen dort ungeheure Kreiselpumpen, um den Grundwasserspiegel zu senken, bevor man riesige Holzpfähle durch den Morast in festen Kiesboden hineintreiben konnte. Das Haus in der Besselstraße hatte schon in der Infektion die ersten Zeichen von Senkungen der Grundmauern gegeben, doch wurden damals diese Warnungszeichen nicht genügend beachtet, zumal auch die Besitzer nicht über die nötigen Mittel verfügten, um grundlegende Arbeiten vornehmen zu können. Vor einigen Monaten entstanden jedoch große und sehr bedenkliche Risse im ganzen Hause. In der dritten Etage fiel eines Morgens der Stuhl von den Decken in zwei Wohnzimmern herab und wenige Tage später zeigte sich hinter dem Dien ein Riß, in den man bequem die Faust hineinstecken kann. Vor wenigen Tagen traf nun eine neue bedenkliche Senkung ein, so daß im Erdgesch. und in der ersten Etage sich die Fenster nicht mehr öffnen lassen und auch die Türen zum großen Teil klemmen. Nachdem sich im oberen Teil des Hauses noch weitere Risse gebildet hatten, verurteilte die Baupolizei, daß die Mieter und Geschäftsleute bis zum 16. Februar das Haus räumen müssen, da die Senkung nicht zum Stillstand gekommen ist, sondern Gefahr besteht, daß eines Tages das Gebäude in sich zusammenstürzt.

Er will sich nicht untersuchen lassen.

Wegen gräber Beschimpfung der Republik war der Zeitungshändler Eichhoff, ein Anhänger des Berwolls, kürzlich vom Schöffengericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte hatte sich, wie auch schon früher in anderen Verhandlungen gegen ihn, so auffällig benommen, daß der Strafkammer, die sich mit der Berufung zu beschäftigen hatte, Bedenken aufgestiegen waren, ob E. ganz richtig im Kopfe sei. Das Gericht hatte ihm daher aufgegeben, sich von dem Gerichtsrat Kriminalrat Dr. Störmer untersuchen zu lassen. Als gestern gegen E. die Berufungsverhandlung stattfinden sollte, stellte sich heraus, daß der Angeklagte sich dieser Untersuchung gänzlich entzogen hatte. Er verweigerte dem Gericht auch jede Auskunft, weshalb er feinerzeit aus dem Militärverhältnis entlassen worden war. Auf das gültige Zureden von Staatsanwaltschaftsrat Kirchner, sich in seinem eigenen Interesse zur Untersuchung zu dem Gerichtsrat freiwillig zu begeben, hatte der Angeklagte eigenmächtig nur die Antwort: „Ja, lasse mich nicht untersuchen, lieber erische ich mich.“ Die Verhandlung mußte verlagert werden, und das Gericht wird jetzt genötigt sein, entsprechende Zwangsmassnahmen zu treffen.

Nochmal Wohnungsgesetz Kreuzberg.

Vor der großen Strafkammer des Landgerichts I begann gestern die Berufungsverhandlung in dem Wohnungsgesetzungsprozess beim Wohnungsamt Kreuzberg. Es handelt sich hierbei um die Schenkungen, die mit den sogenannten weißen Zumeisungsgaranten gemacht worden waren. Gegen das vom Schöffengericht am 23. Mai v. J. gefällte Urteil hatten sowohl die Angeklagten als auch der Anklagevertreter Berufung eingelegt. Bei Beginn der Berufungsverhandlung zogen sämtliche anderen Angeklagten, die verurteilt worden waren, ihre Berufung zurück und auch Staatsanwaltschaftsrat Dr. Seidenpinner nahm die von ihm eingelegte Berufung zurück, so daß die Urteile rechtskräftig wurden. Nur der wegen Bestechung zu drei Monaten

Gefängnis verurteilte Magistratsrat Dr. Herbert Hauptmann, der damalige Dezernent des Wohnungsamts Kreuzberg, hielt seine Berufung aufrecht und dementsprechend auch der Anklagevertreter, dem das Strafmaß zu niedrig erscheint. Infolgedessen wird die ganze Wohnungsgeschichte vor der Strafkammer nochmals aufgerollt werden, und es ist eine Verhandlungsdauer von drei Tagen in Aussicht genommen worden. Ueber den Ausgang werden wir berichten.

Wieder ein Todesurteil.

Der Abschluß des Caputher Mordprozesses.

Nach zweieinhalbstündiger Beratung verkündete Landgerichtsrat Kaufmann das Urteil gegen den Mörder Schwarz der 20jährigen Martha John: der Angeklagte wird wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Durch den überfüllten Gerichtssaal ging es wie eine Bewegung; die Braut des Verurteilten, Mutter seines ersten unehelichen Kindes und seine Schwester schuchzten laut auf, mit ihnen schluchzten verschiedene aus dem Publikum. Schwarz ließ sich mit gelentem Haupte auf die Anklagebank nieder.

Gegen das Urteil ist rein juristisch nichts einzumenden. Das Gericht hat unter all den vom Angeklagten gegebenen Darstellungen seiner Tat diejenige gewählt, die logisch wie psychologisch am annehmbarsten schien. Vom Kriminalkommissar Dräger, der die Untersuchung geleitet hat, ist auf Schwarz in keiner Weise ein Zwang ausgeübt worden. Im Bedürfnis, sein Gewissen zu erleichtern, hat er sich mit jeder Aussage der Wahrheit genähert, um schließlich ein vollkommenes Geständnis abzulegen. Kriminalrat Gennat hatte recht, als er nach Abschluß der Untersuchung sagte: „Allein das Geständnis Schwarz hat die Aufdeckung seiner Tat ermöglicht.“ — Ja, allein sein Geständnis hat seine Verurteilung zum Tode ermöglicht. Wäre er raffinierter genug gewesen, die Tat als Affektthatung darzustellen, man wäre nie imstande gewesen, ihn das Gegenteil nachzuweisen. Er hat aber selbst erzählt, wie er sein Opfer in der Absicht, es zu töten, nach Caputh geföhrt, wie er sich auf dem Wege dahin, nachdem er die John auf dem Potsdamer Bahnhof erwartet hatte, den Plan in allen Einzelheiten zurecht gelegt, wie er sich vor der Tat Rut angetrunken, wie er Beil und Spaten bereit gestellt, wie er sein Opfer durch Rufen in Sicherheit gewiegt, wie er unter dem Vorwand, austreten zu müssen, das Beil in „greifbare Nähe“ gerückt und dann an der Seite der Schlofen liegend leise aufgestanden ist und ihr die beiden Hiebe, durch die die hintere Schädelkappe abgetrennt wurde, verfehlt hat. Alle diese Einzelheiten und noch andere mehr hatte Schwarz aus freien Stücken geschwärzt. Das war juristisch eine überlegte Tat, wie sie im Lehrbuche steht.

Schwarz hat die Tat begangen, weil er für sein zweites uneheliches Kind keine Alimente zahlen wollte; weil er sich des Kindes vor seiner Familie und seinen Caputher Bekannten schämte. Leichtfertig und leichtfertig hatte er die Konsequenzen seiner Tat nicht vorausgesehen.

Empfang im Städtchause.

Anlässlich der gestrigen Vorstandssitzung des Deutschen Städtebundes hatte Präsident Müller zu einem Empfang im Städtchause in der Alsenstraße eingeladen, an dem außer den aus allen Teilen des Reiches erschienenen Mitgliedern des Vorstandes Vertreter der Reichsregierung, der preussischen Regierung, der Parlamente, der Behörden, der Wirtschaft und der Wissenschaft in großer Zahl teilnahmen. Als Ehrengast war Bürgermeister Kendrick-Philadelphia mit seiner Gattin erschienen. Unter den erschienenen Gästen bemerkte man u. a. Staatssekretär Dr. Abegg, Minister Hirtfelder, den Vorsitzenden des DGB, Leipzig, die Oberbürgermeister Dr. Adenauer-Köln, Beima-Magdeburg, Bracht-Essen, Wagner-Breslau, Bürgermeister Hirsch-Darmstadt, Schulz-Berlin, Reichstagspräsident Lohse, Landtagspräsident Bartels, Oberbürgermeister a. D. Schedemann, Frau Luise Schroeder, Dr. Herb. Abg. Veinert, Stadtrat Keuter, Abg. Keil. Nach Begrüßungsworten des Präsidenten Dr. Müller gab Bürgermeister Kendrick seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, im Kreise deutscher Berufskollegen weilen zu dürfen. Die amerikanischen

Menschen, Göttern gleich...

1] Roman von Herbert George Wells.
Erstes Buch. Der Einbruch der Erdlinge.
Mr. Barnstaple geht auf Urlaub.

1.
Mr. Barnstaple fand, daß er dringend einen Urlaub brauchte; nur wußte er niemanden, mit dem oder zu dem er hätte gehen können. Er war überarbeitet und hielt es zu Hause nicht mehr aus.
Barnstaple hatte von Natur aus ein starkes Temperament. Seine Familie liebte er innig, so daß er sie durch und durch kannte und sie ihm entschuldig auf die Nerven fiel, wenn er in so niedergedrückter Stimmung war. Seine drei heranwachsenden Söhne schienen von einem Tag zum andern langweiliger und größer zu werden. Wollte er sich in einen Sessel setzen, so sah sicher schon einer von ihnen darin; sie verfolgten ihn von seinem Pianola; sie erfüllten das Haus mit einem gellenden und nicht endenwollenden Gelächter über Witze, die nicht zu erzählen waren. Sie störten ihn bei den späten, harmlosen Liebesleien, die bis dahin sein bester Trost in diesem Jammerthal gewesen waren; sie schlugen ihn im Tennis; sie rauchten miteinander voll Hebermut auf den Treppenabgängen und sausten zu zweit und dritt unter gewaltigem Getöse die Stiegen hinunter. Ihre Hüte lagen überall umher. Sie kamen zu spät zum Frühstück. Jeden Abend beim Zubettgehen erhoben sie ein Sturmgebrüll: „Uah! uah! uah! ... hums!“ Und ihrer Mutter schien dies zu gefallen. Sie alle kosteten Geld und setzten sich heiter über die Tatsache hinweg, daß alles, mit Ausnahme von Barnstaples Arbeitskraft, teurer geworden war. Und wenn er bei den Mahlzeiten einige schlichte Wahrheiten über Mr. Mond George äußerte, oder wenn er den leisesten Versuch machte, den Ton des Tischgesprächs über das Niveau des dümmsten Tratsches zu erheben, wandten sie ihre Aufmerksamkeit ostentativ ab...
Auf jeden Fall schien es ostentativ.
Er hatte das starke Bedürfnis, von seiner Familie fort, irgendwohin zu gehen, wo er in Ruhe mit Stolz und Liebe an seine Angehörigen denken konnte, ohne andererseits von ihnen gestört zu werden...
Und ebenso wünschte er dringend, für einige Zeit von

Mr. Peeve loszukommen. Nie wieder wollte er eine Zeitung oder eine Zeitungsanündigung sehen; jede Strafe selbst wurde ihm zur Qual. Er war von der Furcht vor einem finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch besessen, gegen den der Weltkrieg bloß als ein geringfügiger Zwischenfall erschienen wäre. Und das nur aus dem Grunde, weil er zweiter Redakteur und Faktotum beim „Liberal“ war, jenem bekannten Organ, welches die kleinnütigen Ansichten innerhalb der fortschrittlichen Meinung vertrat, und weil der unentwegte Pessimismus des Mr. Peeve, seines Chefs, ihn immer mehr anstreckte. Früher war es noch möglich gewesen, Mr. Peeve eine Art Widerstand entgegenzusetzen, indem man sich mit den anderen Angehörigen der Redaktion über seinen Trübsinn verstoßen lustig machte, aber jetzt gab es keine anderen Redaktionsmitglieder mehr; in einem Anfall finanzieller Verzweiflung hatte Mr. Peeve sie alle abgebaut. Tatsächlich schrieb jetzt außer Barnstaple und Mr. Peeve niemand mehr regelmäßig für den „Liberal“. So stand nun Mr. Barnstaple ganz unter Peeves Einfluß. Der konnte manchmal zwei Stunden nacheinander zusammengekrümmt, die Hände tief in den Hosentaschen, und alle Dinge von der düstersten Seite betrachtend, auf seinem Redaktionsstuhl hocken. Die natürliche Veranlagung Barnstaples war auf beschiedene Hoffnungen und auf den Glauben an einen Fortschritt gerichtet, aber Mr. Peeve hielt hartnäckig daran fest, daß es um mindestens sechs Jahre zu spät sei, an einen Fortschritt zu glauben, und daß die Hoffnung auf den Liberalismus sich bestenfalls am Tage des jüngsten Gerichts erfüllen werde. Und wenn Mr. Peeve den Leitartikel, den der Redaktionsstab, als es noch einen gab, dessen wöchentliche Wagenverstellung nannte, fertiggebracht hatte, ging er fort und überließ es Mr. Barnstaple, den restlichen Teil des Blattes für die nächste Woche zusammenzustellen.

Schon in normalen Zeiten wäre es schwer genug gewesen, mit Mr. Peeve zusammen zu arbeiten; aber die Zeiten waren nicht normal. Sie waren erfüllt von unangenehmen Begebenheiten, die seine trübseligen Ahnungen nur zu berechtigt erscheinen ließen. Die große Grubenausperrung dauerte bereits einen Monat und ließ den kommerziellen Zusammenbruch Englands vorausabnen; jeder Morgen brachte aus Irland Nachricht von den neuen Beleidigungen, von unverzeihlichen und unvergessbaren Schmähungen; eine anhaltende Dürre bedrohte die Welternte; der Völkerverbund, auf den Mr. Barnstaple in den glorreichen Tagen des Präsidenten Wilson riesige Hoffnungen gesetzt hatte, war zu trauriger und selbstzufriedener Bedeutungslosigkeit herabgesunken; überall

herrschte Streit, überall Unrecht; sieben Aelst der Welt schienen in chronische Unordnung und soziale Auflösung zu verfallen. Sogar ohne Mr. Peeve wäre es schwer genug gewesen, den Ereignissen die Stirne zu bieten.

Mr. Barnstaple gab nun auch wirklich die Hoffnung auf, aber für Menschen seiner Art ist Hoffnung eine wesentliche Bürde, ohne die das Leben unverdaulich wird. Er hatte seine Hoffnung stets auf den Liberalismus und auf eine großzügige, freiheitliche Bewegung gesetzt, jetzt aber begann er zu glauben, daß der Liberalismus niemals mehr erreichen würde, als gekrümmt, mit den Händen in den Taschen dazustehen, über die Rührigkeit tiefer stehender, aber energischer Männer zu großen und darüber zu raunzen, daß ihre krabbelnde Emsigkeit die Welt zugrunde richten werde.

Tag und Nacht machte sich Mr. Barnstaple nun Sorgen um die ganze Welt; nachts noch mehr als tagsüber, da er keinen Schlaf finden konnte. Er war von der leidenschaftlichen Begierde bezeugt, eine Nummer des „Liberal“ herauszubringen, die sein ureigenstes Werk sein sollte, alles abzuändern, nachdem Mr. Peeve gegangen war, den ganzen galligen Uninn, den elenden leeren Hohn über das Unrecht auszumergen, dieses Angloken von Graufamkeit und Ungläub, die Aufregung über die belanglosen, natürlich menschlichen Fehlergriffe von Mr. Mond George unter Berufung auf Lord Grey, Lord Robert Cecil, Lord Lansdowne, den Papst, die Königin Anna oder auf Kaiser Barbarossa (sie wechselten von Woche zu Woche); sich zu erheben, den jungen Bestrebungen einer neu geborenen Welt Stimme und Gestalt zu geben und die Nummer zu füllen mit — Utopien! Den verblüfften Lesern des „Liberal“ zu sagen: Seht her, das hat zu geschehen. Seht her, das wollen wir tun. Welch ein Schlag wäre das für Mr. Peeve bei seinem Sonntagsfrühstück! Vor Staunen würde er am Ende gar diese Mahlzeit ausnahmsweise richtig verdauen.

Aber das waren höchst närrische Träume. Zu Hause saßen die drei jungen Barnstaples, und ihr Anspruch auf einen standesgemäßen Eintritt in die Lebensbahn war zu bedenken. Und so schön der Traum auch war, so hatte Mr. Barnstaple doch die sehr bedrückende Ueberzeugung, daß er in Wirklichkeit nicht geschickt genug sei, um so eine Sache richtig anzupacken. Irgendwie würde er sie doch verpfuschen...

Und dann könnte er vom Regen in die Traufe kommen. Der „Liberal“ war wohl ein ödes, entmutigendes und kleinliches Blatt, aber es war immerhin kein gemeines und verurufenes Blatt. (Fortsetzung folgt.)

Der Rechtsblock deckt die Schwerindustrie.

Er billigt das 700-Millionengeschäft für die Ruhrunternehmer. — Alle Mißbilligungsanträge der Opposition abgelehnt!

Der Reichstag setzte in seiner gestrigen Sitzung die erste Lesung des Reichshaushaltsplans für 1928 fort.

Abg. Koch-Besler (Dem.) weist darauf hin, daß uns die Reichsverfassung in den vergangenen Jahren eine Führerauslese ermöglicht habe, die uns durch die schwersten inneren und äußeren Gefahren hindurchgebracht habe. Die Verfassung habe alle Wege zum Einheitsstaat freigemacht. Man müsse nur die verfassungsmäßigen Rechte gebrauchen. Bei einem Vergleich mit der Länderkonferenz könne niemand mehr über die Hilfslosigkeit und Kompromißhaftigkeit des Völkerbundrates spotten. Zum Einheitsstaat komme man auf jeden Fall, wenn man aber zögere, komme man zum bürokratischen Einheitsstaat. Mit der Erhaltung der Eigenart der Stämme hätten die heutigen durch Fürstentümer geschaffenen Staaten nicht das geringste zu tun. Keine Stadt wolle ihre Eigenart gegenüber Berlin mit größerer Sicherheit als das preußische Köln. Alle Konflikte mit Bayern seien nicht über Zuständigkeitsfragen, sondern wegen des Souveränitätsdankels mit Bayern entstanden. Daß der bayerische Ministerpräsident eine Einladung beim Reichspräsidenten aus irgendeiner Veranlassung heraus im letzten Augenblick abzulegen wage, sei mit seiner Stellung nicht vereinbar. Eine Personalunion zwischen Reich und Preußen würde gleichzeitig eine Entrechtung Preußens und eine Bevormundung des Südens durch den Norden bedeuten. Eine Lösung, die Nord- und Süddeutschland verschieden behandelt, sei unerträglich. Der Einfluß der bayerischen Volkspartei werde auf das Zentrum nicht immer günstig wirken. Mit Genugtuung stellt der Redner fest, daß sich auch die Deutsche Volkspartei für den dezentralisierten Einheitsstaat erklärt habe. Man kann gewiß einmütig erklären, daß die Sozialdemokraten realen, aber nicht gegen die Sozialdemokratie. Das Jahr deutsch-nationaler Ministerherrlichkeit habe dazu geführt, die Sozialdemokratie zu stärken und zu radikalieren. Stillstand und Reaktion seien genau so gefährlich wie Revolution.

Reichswehrminister Groener teilt mit, daß sich die Reichsregierung bis zur Beratung des Reichshaushalts darüber schlüssig werden wolle, ob der Saemisch-Bericht zur Thobebus-Affäre veröffentlicht werden solle oder nicht.

Abg. Loroler (Komm.) wendet sich gegen die Ausführungen der Abg. Frau Golke (Kath. Fischer). Frau Golke, die den Kommunisten vorwarf, sie wollten sich anschließen, habe sich selbst beim linken Flügel der Sozialdemokratie angeschmiegt. Hinter Frau Golke ständen nur ein paar Dutzend Arbeiter. Auch die würden bald wieder zur RPD, zurückkehren, wenn sie von der Linie der Frau Golke genug haben. (Heiterkeit.) Abg. Seering habe nur seine Bittenskränze abgegeben als künftiger Innenminister an Stelle Reubells. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Menzel (Dnat.) wünscht eine stärkere Berücksichtigung der Interessen des Mittelstandes. Zu begrüßen sei es, daß der Reichsfinanzminister eine sparsame Finanzpolitik verprochen habe. Die Wirtschaftswirtschaft müsse endlich abgebaut werden.

Damit ist die erste Lesung des Etats beendet. Der kommunistische Antrag auf Veröffentlichung des Berichts des Sparkommissars über das Ergebnis der Untersuchung der Thobebus-Affäre wird im Himmelsprung mit 179 Stimmen der Regierungsparteien gegen 141 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt.

Die Ruhrmissionen der Luther-Regierung.

Es folgt die Fortsetzung der vor den Reichstagskammern abgebrochenen Beratung des Berichts des Untersuchungsausschusses über die Feststellung der an die Ruhrindustriellen ausgezahlten Beträge.

Abg. Rosenbaum (Komm.) verlangt von der Regierung Auskunft darüber, wie sie die bei der Ruhrbesetzung geschädigten Arbeiter und Angestellten entschädigen wolle. Von der Auszahlung der 715 Millionen an die Ruhrindustriellen hätten auch der Vorstand des Bergarbeiterverbandes und andere führende Sozialdemokraten gemußt.

Ministerialdirektor Dr. Doru erklärt, die Regierung habe im Anschluß an die Ausschussberatungen zur Ruhrentschädigung eine Summe von 30 Millionen zur Unterstützung der geschädigten Mittelstandskreise und Arbeitnehmer im Ruhrgebiet zur Verfügung gestellt. Damit sei die Forderung des Ausschusses erfüllt worden.

Abg. Dr. Herz (Soz.):

Gegenüber dem kommunistischen Redner brauche ich nur die Tatsache festzustellen, daß es die Sozialdemokratie selbst war, die Anfang 1925 die Vorgänge bei den geheimen Zahlungen an die Ruhrindustriellen an den Tag gebracht hat. Wäre es richtig, daß die damaligen sozialdemokratischen Minister daran beteiligt gewesen wären, so wäre es doch undenkbar, daß wir uns selbst nach einigen Monaten in Anklagezustand versetzt haben könnten. Der Abg. v. Lindener, der den Ausschuss mit großer Objektivität als Vorsitzender geleitet hat, ist leider in der früheren Debatte aus dieser Objektivität abgewichen. Er hat gesagt, wir sollten besser vorbereitete Minister in das Kabinett entsenden. Hat er dabei an die Erfahrungen seiner Partei mit einigen ihrer gegenwärtigen Minister gedacht? (Sehr richtig links.) Wir haben keinen Anlaß, uns in irgendeiner Weise der Täglichkeit unserer damaligen Minister zu schämen. Wir hatten es nach wie vor für ein Ruhmesblatt in ihrer Tätigkeit, daß sie der damaligen Situation außerordentlich gewachsen waren, obwohl die Tatsache feststeht, daß das Wieder- aufbauministerium, solange unser Mitglied Schmidt der Minister war, an den Verhandlungen mit Stinnes nicht beteiligt war, daß aber das Ausbauministerium hinzugezogen wurde, sobald nicht mehr ein Sozialdemokrat an seiner Spitze stand. Niemals haben wir die Anschauung vertreten, daß die Industriellen allein die Reparationslasten zu tragen hätten. Wir haben uns auch stets dagegen gewehrt, daß das Rheinland zu einer Reparationsprovinz gemacht werde. Aber

unsere Anklage richtet sich dagegen, daß die Entschädigungszahlungen ohne jede Befragung des Parlaments unter Verstoß des Staatsrechts des Reichstags, ohne Unterrichtung der Öffentlichkeit ausgeführt worden sind.

Wir befinden uns dabei auch in Übereinstimmung mit der Auffassung des Bergarbeiterverbandes, und auf diesen Standpunkt hat sich auch der Untersuchungsausschuss entgegen der Auffassung des Herrn Lindener gestellt. Die drei sozialdemokratischen Minister Radbruch, Schmidt und Solmann haben nur an der einen Verhandlung am 20. Oktober 1925 über die Modalitäten des Ausgleichs zwischen der Reparationskommission und dem Reich teilgenommen. Diese Teilnahme war richtig; sie hat aber nichts zu tun mit den Verhandlungen, die bei den Entschädigungen angewandt worden sind. Herr v. Lindener hat dann behauptet, die Mehrzahl des Ausschusses habe den privatrechtlichen Charakter des

in ihrem Beschluß ausdrücklich abgelehnt. (Hört, hört! links.) Es ist lediglich anerkannt worden, daß über den privatrechtlichen Charakter des Briefwechsels Zweifel entstehen könnten. Die Sozialdemokratie hat den privatrechtlichen Charakter des Briefwechsels bestritten. Wir legen uns dabei von folgenden Erwägungen leiten: Entweder hat der Briefwechsel den Charakter einer politischen Zusage, dann besteht keine Pflicht zur Zahlung, wohl aber zur Zurückforderung der Ueberzahlungen. Oder es handelt sich um einen privatrechtlichen Vertrag, dann besteht kein Recht auf Zurückforderung. Wenn Sie (nach rechts) sich auf den zweiten Standpunkt stellen und sich an die Zeit erinnern vom Oktober 1923, wo kein Mensch wissen konnte, ob das Deutsche Reich das Jahr noch überleben würde, so steht damit fest, daß

in dieser schwersten Zeit des Deutschen Reiches die Ruhrindustriellen nicht an das Reich, nicht an die Allgemeinheit, nicht an das deutsche Volk gedacht haben, sondern lediglich daran, wie sie sich einen Rechtsanspruch schaffen können.

Sie haben sich einen privatrechtlichen Vertrag geben lassen, und Herr v. Lindener beschneidet ihnen damit, daß sie dabei nur an den eigenen Geldbeutel gedacht haben. Herr v. Lindener hat ja selbst am 10. Dezember in seiner Rede im Reichstag zugegeben, daß die Ruhrindustriellen im Jahre 1923 ihre ökonomische Nachstellung dazu ausgenutzt haben, um ihre Ansprüche vor den Ansprüchen der anderen Geschädigten zu sichern. (Behaftet: Hört, hört! links.) Sie (nach rechts) haben kein Wort der Entrüstung über dieses Verhalten gefunden, kein Wort der Anerkennung für die Ruhrbevölkerung, die entgegengesetzt gehandelt hat, ohne daran zu denken, dem Reich später die Rechnung zu präsentieren. Die „Industrie- und Handelszeitung“, die Herrn Stinnes nahestand, hat am 1. Februar 1925 deutlich ausgesprochen, warum der Reichstag nicht beteiligt werden sollte:

„Die großen Industriellen hatten keine Lust, ihre Ansprüche durch das lautiom bekannte Feilschen im Reichstagsausschuss mit einem mehr oder weniger faulen Kompromiß zu verhandeln.“

Diese Scheu vor dem Reichstag ist zu verstehen, da ja die Familie Stinnes allein 100 Millionen erhalten hat, der Harpener Bergbau 33 Millionen, Kärntner 17 Millionen, Mannesmann 19 Millionen, Phönix 18 Millionen, die Rheinischen Stahlwerke 20 Millionen, Thyssen 34 Millionen, Krupp 15 Millionen. Der Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Herr Dr. Soet, hat in seinem Gutachten ausdrücklich erklärt:

„Nach dem Inhalt der Briefe neige ich dazu, die Erklärungen als politische Zusage anzusehen. Hierfür spricht schon der Umstand, daß der Reichsanwalt, also der Leiter der Reichspolitik, nicht eine fiskalische Stelle die Erklärungen abgegeben hat.“

Die Sozialdemokratie ist auf Grund der Verhandlungen im Ausschuss zu der Ueberzeugung gelangt, daß

Ueberzahlungen im Betrage von 83 Millionen geleistet

worden sind. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich diesem Standpunkt leider nicht angeschlossen, aber immerhin festgestellt, daß Ueberzahlungen von erheblichem Umfang geleistet wurden. Herr v. Lindener, der diese Ueberzahlungen bestritten hat, setzt sich in Widerspruch mit seinem Parteifreund Rademacher, der im Ausschuss erklärt hat:

„Daß nun Ueberzahlungen nur bei den 33 Millionen Mark für die auf Grund der Ricum-Berträge gelieferten Kohlenmengen und bei der 1 Million Mark für Kohlensteuer die Rede sein könne.“

Wso auch von dieser Seite ist anerkannt worden, daß Ueberzahlungen in erheblichem Maße vorliegen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der kommunistische Antrag auf Erhebung einer Anklage gegen die Minister Stresemann und Marx ist nur eine leere Demonstration. Wir lehnen ihn ab, weil wir nicht den Staatsgerichtshof für geeignet halten, über solche politischen Fragen zu entscheiden. Wenn wir die Arbeit des Ausschusses betrachten, insbesondere uns daran erinnern, daß die Rechtsparteien im Jahre 1925 die Auffassung vertreten haben, daß alles in Ordnung sei, so brauchen wir mit dem Ergebnis nicht unzufrieden sein. Die Hoffnung der Industriellen, daß sich der Ausschuss zu ihrer Meinung betonen werde, habe sich nicht erfüllt. Der Versuch des Herrn Stresemann, in Verbindung mit den Kommunisten, die Mitverantwortung der sozialdemokratischen Minister für diese Dinge festzustellen, ist mißglückt; diese Behauptung hat sich als unbedeutend erwiesen. Wir beschränken uns auf die Forderung der Einziehung der Ueberzahlungen und ihrer Auszahlung an Mittelstand, Arbeiter und Angestellte. Die dürfen dabei feststellen, daß offenkundig Unrecht von den Rechtsparteien gedeckt wird, und daß die Pflicht, die minderbemittelten Volksteile vor Unrecht zu bewahren, genau so wie im alten Obrigkeitsstaat jetzt wieder der Sozialdemokratie überlassen bleibt. (Behaftet Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) begründet den Antrag seiner Partei: „Der Reichstag mißbilligt auf das Schärfste die von dem Untersuchungsausschuss festgestellten Vorgänge.“

Abg. v. Lindener-Wilbau (Dnat.): Ueber die staatsrechtlichen Reihobden der Abfindungen hat sich damals keine einzige Partei beschwert. Wenn also nur über Höhe und Zeitpunkt der Zahlungen gestritten wird, dann kann man doch nicht, wie es Herr Limberg tat, von einem „Ruhrpanama“ sprechen. Die Mehrheit des Ausschusses war der Ansicht, daß es sich bei dem Briefwechsel um einen privatrechtlichen Vertrag gehandelt hat. (Widerpruch des Abg. Dr. Herz.) Jedenfalls war das Anerkennen der Ruhrindustriellen in jenen für das Reich so kritischen Zeiten ein großartigiges Gegenentworn.

Abg. Effer (S.): Wir haben nicht den Eindruck gewonnen, daß an dem Botum des Ausschusses auch nur ein Wort zu ändern ist. In der Abstimmung wird zunächst der Antrag der Kommunisten, die Reichsanwalt Stresemann und Marx wegen Verletzung des Staatsrechts des Reichstags und Verschwendung von Reichsgeldern vor den Staatsgerichtshof zu stellen und die den Ruhrindustriellen ausgelieferten 715 Millionen Mark wieder einzuziehen und für Arbeiter, Angestellte und Mittelstand zu verwenden, abgelehnt.

Ueber den Antrag der Sozialdemokraten, daß der Reichstag die Entschädigungszahlungen an die Großindustrie unter Verletzung des Staatsrechts mißbilligt und die Regierung auffordert, die von der Mehrheit des Ausschusses festgestellten erheblichen Ueberzahlungen wieder einzuziehen und daraus die geschädigten Anwohner des Mittelstandes, die Angestellten und Arbeiter zu entschädigen, wird namentlich abgestimmt. Die Abstimmung, in der außer den Sozialdemokraten auch die Kommunisten, die Völkischen, die Wirtschaftspartei und der Bayerische Bauernbund für den Antrag stimmen, erteilt die Ablehnung des Antrages mit 103 gegen 173 Stimmen. Auch der oben erwähnte demokratische Antrag

wird abgelehnt, ebenso der kommunistische Antrag auf Vorlegung eines Begehrensurfs zur Entschädigung der Angestellten in den besetzten und angrenzenden Gebieten.

Endlich wird folgender Antrag der Regierungsparteien angenommen: „Der Reichstag nimmt den Bericht des Untersuchungsausschusses entgegen und schließt sich dem Botum des Ausschusses an.“

Das Haus geht zur Beratung des Haushalts der Reichsjustizverwaltung über, nimmt aber nur noch den Bericht des Abg. Münzenberger (Komm.) über die Ausschussverhandlungen entgegen und vertagt dann die weitere Beratung auf Mittwoch 15 Uhr. — Schluß 18 Uhr.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Bot. 2 Trepp. rechts zu richten.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 18 Uhr, wichtige Bezirksversammlung in der Schulstra. 10, Reichmar Str. 18. — Donnerstag, 24. Januar, 20 Uhr, Sitzung der Geschäftsleitung mit sämtlichen Abteilungsleitern bei Arlt, Buchstr. 10.
2. Kreis Tempelhof. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 18 1/2 Uhr, Bezirksversammlung im Pavillon Germaniastraße. Am 19 1/2 Uhr, Bezirksversammlung der Arbeiter. Die Jugendbewegung findet am Sonntag, 25. Januar, in der Neuen Welt statt. Der Vorbereitungsausschuss beginnt am Freitag, 27. Januar, 18 Uhr, in der Anhalterstraße 130. Anmeldungen können bis jetzt sowie in den „Sonnabend“-Sprechstunden abgegeben werden.
3. Kreis Tempelhof. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in Niederhörsingstraße, Berliner Str. 38, Bezirksversammlung. Die Abteilungsleiter, die Kreisleiter der Frauen, Arbeiterwohlfahrt, Bauern, Bildung und Arbeiterpartei sind dazu eingeladen.
4. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Aula des Gymnasiums an der Poststr. 10, Bezirksversammlung. Thema: „Einkaufspreise“. Die Preispolitik der Waren und die Beziehungen zum Staat. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Alle Orts- und Kreisleitungen sind herzlich eingeladen. Eintritt frei. Der Vorstand.
5. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
6. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

Heute, Mittwoch, 23. Januar:

1. WM. 19 1/2 Uhr, Schöneberg, Bismarckstr. 10, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. WM. 19 1/2 Uhr, in den Prenzlauer Bergen, Bismarckstr. 10, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
3. WM. 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
4. WM. 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
5. WM. 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

Morgen, Donnerstag, 24. Januar:

1. WM. 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. WM. 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
3. WM. 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
4. WM. 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

Frauenveranstaltungen:

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

1. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.
2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 23. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Anhalterstraße 130, Bezirksversammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“. Vortrag: Dr. Siegfried Bernfeld. Eintritt frei. Der Vorstand.

Domänen des Ruhrstahltruffs.

Linke-Hofmann-Lauchhammer nach der Ehescheidung. — Der mitteldeutsche Stahltruff.

Auf das erste Geschäftsjahr der Mitteldeutschen Stahlwerke A.-G. in Berlin kann das alte Sprichwort „Alter Anfang ist schwer“ nicht angewandt werden. Dieser mitteldeutsche Eisentruff, in dem die Stahlwerke des früheren Linke-Hofmann-Lauchhammer-Konzerns, die Werke in Riesa, Lauchhammer und Gröblich mit einigen Nebenbetrieben, sowie das Musterwalzwerk der Deutsch-Luxemburg-Gruppe, das Stahl- und Walzwerk Weber in Brandenburg, zusammengefaßt sind, hat sein erstes Jahr bei glänzender Konjunktur begonnen und beendet.

Der mitteldeutsche Stahltruff ist vom Ruhrtruff beherrscht.

Die Vereinigte Stahlwerke A.-G. Düsseldorf — so heißt der Ruhrmontantruff — ist dadurch auf dem mitteldeutschen Eisenmarkt sehr verankert und hat seine Fangarme über Linke-Hofmann in Breslau bis nach Oberschlesien ausstrecken können, wo er sich in den Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerken in Gleiwitz die Hälfte des Aktienkapitals gesichert hat. So ist durch diese Ausdehnungspolitik ein Machtgebäude errichtet, dessen einzelne Glieder wohl äußerlich getrennt marschieren, aber immer vereint schlagend. Preiserhöhungen für Eisen, die jegliche Metallarbeiterausperrung in Mitteldeutschland, an denen auch der Mitteldeutsche Stahltruff stark beteiligt ist, sind so eine große sozialreaktionäre Aktion.

Die Umsatzziffern und Bilanzjournale der Gesellschaft sprechen für sich selbst und machen jeden Kommentar über die starke Eisenkonjunktur auch für Mitteldeutschland überflüssig. So betrug der Gesamtumsatz über 111 Millionen, von dem ein Betriebsergebnis, nach Abzug der Löhne und Gehälter, 11,2 Millionen Mark ausgewiesen werden. Nach Abzug von rund 4 Millionen Mark für Steuern und Sozialbeiträge, sowie ganz beträchtlicher Abschreibungen von 3,55 Millionen Mark wird ein Reingewinn von 3,7 Millionen Mark errechnet, von dem die für das erste Geschäftsjahr sehr hohe

Dividende von 7 Prozent auf das 50-Millionen-Kapital

gezahlt wird. Diese Errechnung des Reingewinnes hat aber trotz seiner Höhe noch einen Haken, denn das in der Zwischenbilanz vom 31. Januar 1927 ausgewiesene Anleihekapital (Rindererlös gegenüber dem Nennwert der Anleihe) von 2,5 Millionen Mark wurde schon im Laufe des Jahres aus Gewinnen getilgt.

Die Werke wurden stark ausgebaut. Fast 7 Millionen Mark Zugänge auf die Anlagen treten in Erscheinung. Da ein großer Teil dieser Neuanlagen aus eigenen Mitteln, das heißt „über Betrieb“, finanziert wurde, ist die Selbstständigkeit um so auffälliger. Den nur unwesentlich erhöhten Verpflichtungen von 9 Millionen Mark, auf die im übrigen noch 3,8 Millionen Mark Rückstellungen entfallen, stehen seit Januar 1927 von 19 auf über 23 Millionen Mark erhöhte Forderungen gegenüber.

Braunkohlen wurden 1,3 Millionen Tonnen gefördert, die Rohstahlerzeugung betrug 515.840 Tonnen und die Stromabgabe des bedeutend erweiterten Lauchhammer-Elektrozentrums betrug 115 Millionen Kilowattstunden. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich insgesamt auf 10.652 Köpfe, die Angestellten von 1004 auf 1131 und die Betriebsbelegschaften von 8161 auf 9521 Mann. Daß die Direktion trotz des glänzenden Aufstieges, den die Tätigkeit der Gesellschaft genommen hat, ein Lamento über die „amtliche Wirtschaftspolitik“ anstimmt und auf die ganz bescheidene Eisenpreiserhöhung gegenüber dem ständigen Anwachsen der Selbstkosten hinweist, wird in der Öffentlichkeit weiter keinen Eindruck hinterlassen. Im besonderen werden sich aber die Belegschaften, von denen in

Riesa und Gröblich jetzt 6000 Mann auf die Straße geworfen

sind, dadurch nicht irremachen lassen. Sie werden eher einen Vergleich anstellen zwischen den drei Pfennigen (!) Lohnerhöhung, die ihnen als das Neueste gegenüber ihrer Forderung

auf 15 Pfennig Erhöhung zugestanden wurde, und den Millionen, die schon nach dem ersten Jahre in Aktienrückkäufen fließen. Und dieser Vergleich wird ihnen das Rückgrat in dem aufgewungenen Kampf stärken.

Der Torjo Linke-Hofmann.

Die Verwaltung der Linke-Hofmann-A.-G. in Breslau, die gleichzeitig ihren Abschluß vorlegte, wird die Bilanzjournale der Mitteldeutschen Stahlwerke A.-G. nicht ohne Reiz ansehen. War diese Gesellschaft durch die Konzernauflösung doch gezwungen, am Vorabend der Eisenkonjunktur, im Herbst 1926, die angeschlossenen Lauchhammer Stahlwerke abzustufen — die einzig ertragreichen Betriebe in der Krisenzeit — und sich auf die angestammten Wagon- und Maschinenbetriebe zurückzuziehen.

Ein Vergleich mit der Bilanz für 1926 läßt sich bei diesem Unternehmen nicht anstellen, da diese vor der Auflösung des Konzerns gemachte Abrechnung in keinem Verhältnis zu den jetzt ausgewiesenen Ziffern steht. Also auch bei der Linke-Hofmann-Bilanz für 1927 betritt man Neuland.

Die für das Schicksal der Gesellschaft entscheidenden Wagonbetriebe erhielten wohl im Berichtsjahr umfangreiche Reichsbahnaufträge, mußten jedoch eine große Lücke in der Produktion eintreten lassen, die auf die Neueinführung des Austauschbaues und daraus entstandene Konstruktionschwierigkeiten zurückzuführen ist. So kamen also die Hauptbetriebe der Gesellschaft erst im letzten Vierteljahr in Schwung, wodurch das Ergebnis natürlich ungünstig beeinflusst wurde, zumal auch die Lokomotivfabrik ungenügend beschäftigt war. Die lebhafteste Tätigkeit in den Maschinenbetrieben, besonders im Dieselmotorbau und bei dem Papiermaschinenwert Füllner in Warmbrunn konnte diese Ausfälle nicht ausgleichen, so daß als Gesamtergebnis von rund 0,9 Millionen Mark Abschreibungen ein Reingewinn von 165.767 Mark verbleibt, der für die 21 Millionen Mark Kapital eine Dividendenverteilung nicht zuläßt.

Während Neubauten scheinbar nicht stattgefunden haben, lassen die fast 0,5 Millionen Mark Zugänge auf Maschinen eine

weitere Rationalisierung der Betriebe

erkennen. Den rund 27 Millionen Mark Schulden und Anzahlungen stehen an Forderungen 19,1 Millionen Mark gegenüber, zu denen noch Vorräte und Fertigfabrikate von 11,9 Millionen Mark kommen. Eine gewisse Spannung ist bei den Betriebsmitteln also immer noch vorhanden. Die Fabrikationslücke im Wagonbau hat den Jahresumsatz mit 34,1 Millionen Mark verhältnismäßig niedrig gehalten, dagegen lassen die Umsätze von 14,1 Millionen Mark im letzten Vierteljahr eine starke Belebung erkennen. Diese Besserung hat sich seit dem 1. Oktober weiter fortgesetzt. So konnte auch seit dem Beginn des Berichtsjahres die

Zahl der Arbeiter um 70 Prozent auf 7615 erhöht

werden, dagegen hat die Zahl der Angestellten, die von 1629 auf die Hälfte reduziert waren, nur einen geringen Zuwachs von 812 auf 902 Mann erfahren.

Die weitere Entwicklung der nun endlich von ihren inflationistischen Ausflügen ins Ungewisse gehaltenen Linke-Hofmann-A.-G. wird in erster Linie von der Beschaffungspolitik der Reichsbahn abhängen. Die Wagonbetriebe, die auf dem Kontinent als die größten und modernsten gelten — das Antreibersystem ist allerdings auch erstklassig — können durch die unregelmäßigen Auslandsaufträge, besonders im Personenwagenbau, nicht annähernd ausgenutzt werden. Wenn die Reichsbahn also ihre im Juni fälligen Aufträge bis zum Jahresende 1928 strecken und von neuen Bestellungen zunächst nichts wissen will, so wird es bei Linke-Hofmann auch weiter nicht allzu günstig aussehen. So wird diese (jetzige) Lage im nächsten Jahr noch das Schmerzenskind der heutigen großen Stahltruffmutter an der Ruhr bleiben. U.—

Neue Arbeitslosigkeit infolge des Frostes

Der temperaturempfindliche Arbeitsmarkt.

Das milde Wetter zu Anfang und Mitte Januar hatte den Arbeitsmarkt nach den einzelnen Berichten der Arbeitsämter zunächst günstig beeinflusst, so daß teils ein Rückgang, teils ein Stillstand der Arbeitslosigkeit in manchen Teilen des Reiches unverkennbar war. In erster Linie hat sich dieser Einfluß der milden Witterung in den Beschäftigungsverhältnissen des Baugewerbes und der Bauindustrien ausgewirkt. Mit dem neuerlichen Eintritt der Frosttage allerdings wurde sofort wieder ein Umschwung bemerkbar, so daß die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im ganzen weiter angestiegen ist. Bei der gegenwärtigen Unsicherheit der Wetterlage zeigt sich die außerordentliche Temperaturempfindlichkeit des Arbeitsmarktes, die in diesem Jahr besonders auffällig ist. Es ist anzunehmen, daß bei einem auch nur einigermaßen eintretenden Witterungswechsel durch die Wiederaufnahme der Arbeiten im Hoch- und Tiefbau die rückläufige Bewegung der Arbeitslosenziffern rascher vor sich geht. Im vergangenen Jahr hat diese Bewegung Mitte Februar eingeleitet. Wegen der teilweise noch ungeklärten Finanzierungsverhältnisse des Baujahres 1928 muß man allerdings über die Ausdehnung der Beschäftigung im Baugewerbe zweifelhaft sein.

Eine Kanaldenkschrift für den Reichstag.

Der Reichsverkehrsminister hat dem Reichstag jetzt jene Denkschrift über die Kanalbauten vorgelegt, die bei der Beratung des vorjährigen Etats verlangt wurde. Das neue (eingeschränkte) Bauprogramm, für das zehn Jahre vorgesehen sind, umfaßt die Hauptlinie des Mittelkanals von Peine bis Burg, die Fertigstellung der Arbeiten am Ithetal, Blauer Kanal und Ober-Spree-Kanal, die Vollendung der Staustufe in der Donau bei Passau, die Niedrigwasserregulierung von Regensburg bis Passau, die Kanalisierung des Rains von Aachen bis Bärburg und die Kanalisierung des Neckars von Mannheim bis Heilbronn. Das Ziel dieses eingeschränkten Bauprogramms sei, im wesentlichen das westliche und östliche Wasserstraßennetz miteinander zu verbinden und Nordbayern und Württemberg an die Großschifffahrt des Rheins anzuschließen. Den Bedürfnissen Schiffsverkehrs werde zunächst durch die an der Ober vorgesehene Arbeiten entsprochen.

Alle Verkehrsmittel gleichzeitig und nebeneinander angemessen zu entwickeln, dabei durch entsprechende Preispolitik auf die Reichsbahn Rücksicht zu nehmen, sei die Aufgabe. Die jährlich vom Reich in den nächsten Jahren aufzubringenden Kosten belaufen sich auf 33,7 Millionen Mark. Eine weitere Verzögerung in der Fortführung der angefangenen Arbeiten oder gar ein Stillstand derselben würde die Reichsregierung berechtigten Vorwürfen aussetzen. Drei Sonderdenkschriften über den Mittel-

kanal, die Rhein-Main-Donau-Wasserstraße und die Neckar-Kanalisierung behandeln die einzelnen Unterlagen für die Bauten, die Art der Gewinnung der erforderlichen Wassermengen, die Bänderung der Wasserverhältnisse im Kanalgebiet, sowie Verkehrs- und Wettbewerbserfordernisse und den Ausgleich für die benachteiligten Landesteile.

Russisch-polnische Handelsverhandlungen.

Warschau, 24. Januar. (Eigener Bericht.)

Am Mittwoch, dem 25. Januar, begibt sich der Departementdirektor im Handelsministerium Sokolowski in Begleitung des Leiters der Ostabteilung im Außenministerium Holowko nach Moskau, um mit der russischen Regierung Zeitpunkt und Ort für die Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen festzusetzen.

Deutsche Elektroanleihe in Amerika überzeichnet

Wir haben gestern auf die besondere Bedeutung des Zeichnungsergebnisses der in New York seit langer Zeit zum ersten Male wieder aufgelegten ersten deutschen öffentlichen Wertanleihe hingewiesen. Die 20-Millionen-Dollaranleihe der Vereinigten Elektrizitätswerte G. m. b. H. Westfalen, um die es sich handelt, war sofort nach der Auflegung ganz erheblich überzeichnet. Es gingen umfangreiche Zeichnungsaufträge nicht nur aus allen Teilen der Vereinigten Staaten, sondern auch aus Europa ein. Von amerikanischen Banken wurde erklärt, die starke Ueberzeichnung sofort nach Auflegung sei ein weiterer Beweis für die allgemeine Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens zu den deutschen Anleihen.

Neue Wünsche der Roggenschuldner.

Mit der bisherigen Regelung höchst unzufrieden.

Der Reichsverband der Roggen- und landwirtschaftlichen Pfandbriefschuldner hat durch Ueberreichung eines neuen Antrages seine im Sommer vorigen Jahres bereits verlangte Notverordnung wiederholt zur Debatte gestellt. Die eingerichteten Sanierungskassen seien ohnmächtig, weil ihnen alle Geldmittel fehlen. Die Vertreter der Roggen-Rentenbank und der Getreide-Rentenbank hätten den Roggenschuldnern zwar Entgegenkommen versprochen, aber sich um den Beschluß des Reichstages, den Roggenschuldnern Erleichterungen zu gewähren, nicht gekümmert. Die Zwangsversteigerungen nähmen nach wie vor ihren Fortgang. In der beantragten Notverordnung wird gefordert, daß bis zum 1. November 1928 kein Gut zur Zwangsversteigerung gebracht werden dürfe, dessen Zinsbelastung aus wertbeständigen

Hypotheken mehr als 12 Prozent (einschließlich des Verwaltungskostenbeitrages) des ursprünglich erzielten Erlöses ausmache. Noch nicht rechtskräftig gewordene Zwangsversteigerungen gegen Grundstücke derselben Art sollen bis zum 1. November 1928 ausgeführt werden. Die Reichsregierung soll ermächtigt werden, unverzüglich eine für den Schuldner tragbare Regelung der Befreiungen und des Zinsdienstes, die Bereitstellung von Staatsmitteln und eine Hofbarmachung der Befreiungsbanken für alle Fälle schuldhaften oder ungeleglichen Vorgehens in die Wege zu leiten.

Der Laubenschlag der Ufa. Es wird kaum eine große Gesellschaft geben, in der in den letzten Jahren ein so lebhafter Personalwechsel stattgefunden hat wie in der von Herrn Hugenberg beherrschten Universal-Film U.-G. Von den alten Ufa-Direktoren ist jetzt wohl nur noch der Direktor Alexander Grau vorhanden, der durch seine Eigenschaft als alter Offizier genügend für die Vorstandsführung qualifiziert ist. In den fünfjährigen Vorstand sind nämlich jetzt zwei neue Herren eingetreten, und zwar der Direktor Ernst Hugo Correll, der von der berühmten-berühmten Phoebus übernommen wird, um die Produktion zu leiten, und Direktor Paul Lehmann, der einen Verwandten des Herrn von Stauff ersetzt, der aus der Deutsche-Bank-Wera noch vorhanden war. Welche Tradition mit dem neuen Produktionsleiter Herrn Correll „eingebraucht“ werden wird, kann man zunächst nur nach Herrn Hugenberg, seinem höchsten Chef, beurteilen. In der Filmwelt erzählt man sich aber, daß die Phoebus-U.-G. die Herr Correll ja geleitet hat, deshalb beim Reichsministerium so leicht Eingang gefunden hat, weil man auf das Versprechen pochte, nationale und keine jüdischen Filme zu machen. Herr Correll und Herr Hugenberg werden sich also wahrscheinlich sehr gut ergänzen, was für die geschäftlichen und sonstigen Absichten der Ufa natürlich nur von Vorteil sein kann.

Die trüben Wohnverhältnisse deutscher Großstädte. In den deutschen Großstädten gibt es insgesamt 4,5 Millionen Wohnungen, in denen 4,9 Millionen Haushaltungen mit 16,8 Millionen Menschen wohnen. Fast 370.000 Haushaltungen werden also ohne eigene Wohnung geführt, zu denen noch weitere 112.000 wohnungslose Familien kommen, die keine selbständige Haushaltung bilden und mit dem Wohnungsinhaber gemeinsam wirtschaften. Auf jede neunte Wohnung entfällt demnach eine Familie ohne selbständige Wohnung. In einem weiteren Zehntel der Wohnungen sind Zimmermieter, Schlafgänger usw. aufgenommen. Rund 51 Prozent der Wohnungen bestehen aus Kleinwohnungen mit 1 bis 3 Räumen, 42 Prozent bilden Mittelwohnungen mit 4 bis 6 Räumen und der Rest entfällt auf Großwohnungen. Die große Masse der wohnungslosen Haushalte, fast 86 Prozent, ist in Klein- und Mittelwohnungen untergebracht. Die ganze Stärke des Wohnungsproblems in den Großstädten wird dadurch gekennzeichnet, daß 18.700 Wohnungen mit drei und mehr Haushaltungen festgestellt wurden.

Steigende Umsätze bei sinkenden Fahrradpreisen. Der Abschluß und Geschäftsbericht der Victoria-Fahrradwerke in Nürnberg beweisen, daß hohe Preise für die Rentabilität eines Unternehmens keineswegs entscheidend sind. Vergrößerter Umsatz bei sinkenden Preisen leistet dieselben guten Dienste. Die Industrien für Kaffeemittel, zu denen auch das Fahrrad gehört, müssen sich um so eher diesem Standpunkt nähern, als jeder Verlust, einen schlechten Geschäftsgang durch hohe Preise wettzumachen, sofort auf diese Industrien zurückschlägt. Die Victoria-U.-G. in Nürnberg kann bei erhöhten Betriebseinnahmen von 2,5 Millionen Mark und gleichem Reingewinn von rund 176.000 Mark ihre Aktionäre wieder mit der gleich hohen Dividende von 6 Prozent erfreuen. Während sich in den Anlagen kaum etwas verändert hat, zeigen die erhöhten Kosten der Betriebsmittel die lebhafteste Umsatztätigkeit an. So haben sich die Forderungen um 1,0 Millionen Mark mehr als verdoppelt, Vorräte von 1,2 auf 1,5 Millionen Mark erhöht, während Bankguthaben entsprechend beansprucht wurden und von 0,4 auf 0,17 Millionen Mark zurückgingen. Demgegenüber haben sich die Verpflichtungen um 0,94 Millionen Mark mehr als verdreifacht. Auch im laufenden Jahr hat der Ausstromung noch nicht nachgelassen, so daß für die nächste Zeit die Betriebe weiterhin gut beschäftigt sind.

Neue gemischtwirtschaftliche Gasversorgung in Sachsen? Nach Mitteilungen des „Eichsfelder Tageblattes“ plant der Landeshaupmann von Sachsen die Gründung einer Gesellschaft „Gasversorgung Eichsfeld-Goldene Aue“ zwecks Gasversorgung des Gebietes zwischen Heiligenstadt und Sangerhausen. Um eine Majorität der öffentlichen Hand zu sichern, sollen Kreis, Gemeinden und Provinz mit 51 Prozent, Rordhausen und die Kontinentale Gasgesellschaft mit 49 Prozent beteiligt werden. Praktisch würde natürlich die kontinentale Gasgesellschaft die Vorherrschaft gewinnen, da sie die einzige Stelle in der Gasgesellschaft ist, die langjährige Erfahrungen im Bau und Betrieb von Gasversorgungsanlagen besitzt. Damit kämen weitere Gebiete unter der Flagge eines gemischtwirtschaftlichen Unternehmens unter den Einfluß der kontinentalen Gasgesellschaft. Provinziallandtag und Ausschuss der Provinz Sachsen sollten deshalb die vorgelegten Projekte noch einmal nachprüfen, ehe sie weitere Mittel bewilligen. Die Gasversorgung der genannten Gebiete muß sich auch durchführen lassen, ohne die großen Privatgesellschaften heranzuziehen, denen naturgemäß die Ausdehnung ihres Einflusses sehr erwünscht ist.

Wie man's falsch macht. Aus der Papierindustrie. Die scharfe Sanierung, zu der die Chemnitzer Papierfabrik U.-G. zu Einstedel bei Chemnitz im Frühjahr 1927 gezwungen war, hat sich in dem Abschluß für das Geschäftsjahr 1926/27 nicht ausgewirkt. Der im vorhergehenden Jahr entstandene Verlust von 580.000 Mark, also fast 45 Prozent des Aktienkapitals, hatte zu einer Zusammenlegung des Aktienkapitals von 1,35 auf 0,27 Mill. Mark geführt. Der hieraus erzielte rechnungsmäßige Buchgewinn von 1,07 Mill. Mark wurde zunächst zur Deduktion des Verlustes, zu Abschreibungen und zur Reuauffüllung des Reservefonds auf 100.000 Mark verwendet. Jedoch entstand im letzten Geschäftsjahre ein neuer Verlust von rund 273.000 Mark, so daß damit fast 30 Prozent des inzwischen auf eine Million heraufgehobenen Aktienkapitals wieder verloren sind. Der Verlust wäre aber noch höher gewesen, wenn wirklich durchgreifende Abschreibungen auf die Anlagen vorgenommen wären, wie es bei der Aufstellung von Sanierungsbilanzen üblich ist. Die Gesellschaft hat aber auch ihre Grundstücke und Gebäude knapp 2 Prozent und sogar auf Maschinen noch nicht 7 Prozent abgeschrieben, während die Normalabschreibungen bei Maschinen schon mindestens 10 Prozent ausmachten. Auch die finanzielle Lage blieb äußerst gespannt, denn gegen 2,5 Mill. Mark Schulden wurden nur 0,6 Mill. Mark Forderungen ausgewiesen, so daß auch die aus der Kapitalerhöhung nach erfolgten Einzahlungen von 570.000 Mark bei diesem Schuldenstand keine nennenswerte Entlastung bedeuten.

Neue 175-Millionen-Ausfallgarantie des Reiches zur Exportförderung. Für das Reichshaushaltjahr 1927 waren zur Förderung des deutschen Exports auf dem Wege der Exportkreditversicherung bekanntlich 175 Millionen als Garantiefonds bereitgestellt worden. Ueber die Garantiemittel als solche ist, wie gemeldet wird, durch entsprechende Verträge verfügt. Die Garantie selbst wurde bisher noch nicht in Anspruch genommen; das heißt, das Reich hat noch in keinem Falle mit den Mitteln des Fonds einspringen müssen. Für 1928 soll wahrscheinlich dieselbe Summe als Exportgarantie für Exportkreditversicherungsverträge wieder bereitgestellt werden. Doch steht die Summe noch nicht endgültig fest. Die Genehmigung soll in der Form eines Nachtrages zum Reichshaushalt erteilt werden.

Auch die Danziger Werft erhält Arbeit. Die norwegische Reederei Goerffens u. Co. in Oslo hat der Danziger Werft (die frühere kaiserliche Werft in Danzig) sechs Schiffe von je 3500 Tonnen in Auftrag gegeben. Zwei davon sollen sofort gebaut werden. Für den Danziger Arbeitsmarkt bedeutet der Auftrag eine erfreuliche Belebung. Die Danziger Werft ist heute ein internationales Unternehmen, an dem außer Danzig noch Polen, England, Frankreich und andere Staaten beteiligt sind.

Das Glück.

Skizze von Theo Reimann.

I.

In einem jener Orte der italienischen Riviera, wo in den großen internationalen Hotels die Nichtstuer aller Länder sich von den Anstrengungen des Mühsiggangs erholen und in den verfallenen Häusern des mittelalterlichen Zeits das den Fremden so malerisch erscheinende südlische Proletariat haust, geschah es eines Abends, daß im vornehmsten dieser Hotels ein nicht mehr junger, glattrasierter und massiger Amerikaner, Mr. Bird, auf Podium sprang, dem Pringgeiger das Instrument aus den Händen nahm und zum Ergöhen seiner Tischgesellschaft temperamentooll den Charleston weiterspielte. Damit nicht genug, begab sich Mr. Bird, der sich fern der Heimat über die strengen Gesehe seines Landes ausgiebig mit Sekt und Cocktails zu trösten gesucht hatte, schwankend unter die Tanzenden und geigte und steypte solange, bis er ausglitt, schwer aufs Parkett schlug und den Resonanzboden der Geige zertrümmerte.

Feinsch.

„Ich sorge natürlich für Ersatz . . .“ sagte Mr. Bird, als er sich — weniger temperamentooll — erhob.

II.

In einem der verfallenen Häuser hingegen stellte die Frau des Arbeiters Janotti fest, daß es nicht einmal mehr zu der lärglichen Polenta reichen würde, dem aus Weismehl und Wasser gekochten „täglichen Brot“ der Armen, wenn heute in der Fabrik wieder der Lohn ausbliebe. Sie waren seit zwei Monaten nicht bezahlt, die Arbeiter der berühmten Vitor- und Schokoladenfabrik. Wer nicht warten wollte, konnte ja gehen. Aber was dann? Man mußte froh sein, wenn man überhaupt Arbeit hatte.

Zwei Monate sind eine lange Zeit, und der Kaufmann, der über die unergündlichen Sätze schönen gelben Weismehls herrschte, verlor schließlich die Geduld und wollte nichts mehr aus Kredit geben. Fünf Kinder aber wollen essen. Nicht, daß sie nur die Beine unter den Tisch gestellt hätten! Sie sahen sich nach Verdienst um, toten Botengänge, trugen Telegramme aus, wofür es, wenn es ein Gang über Land war, 1,50 Lire gab . . . Doch wozu reichte das?! —

„Nina, geh noch einmal zu Molinari und frage, ob etwas fortzuschaffen ist!“

Vielleicht, daß dort etwas abfiel . . .

III.

Herr Molinari sprach gerade mit einem Fremden. Nina mußte warten.

Mr. Bird gab der Buchhandlung Molinari den Vorzug, weil er sich dort englisch verständlich machen konnte.

„Sagen Sie, Mr. Molinari, können Sie mir umgehend eine Geige verschaffen? Eine gebrauchte. Nicht für mich. Wir ist gestern abend ein kleines Unglück passiert. Ich muß eine Geige ersetzen.“

Herr Molinari wendete sich — auf Italienisch — an seine Verkäuferin.

„Wissen Sie vielleicht jemand, der eine gebrauchte Geige verkauft?“

Eine gebrauchte Geige? „Bei uns auf dem Boden . . .“ dachte Nina, und sie sagte schüchtern:

„Wir haben eine, Herr Molinari. Meine Mutter wollte sie schon immer verkaufen. Aber es sind keine Salten darauf, und sie sieht nicht sehr schön aus . . .“

Herr Molinari nahm Rücksprache mit Mr. Bird.

„Nach nichts. Hol sie!“ war das Ergebnis.

Nach einer Weile kehrte Nina mit einem kläglich blauen Wollfäcken zurück, dem Herr Molinari mit verlegenen Lächeln eine unscheinbare Geige entnahm.

„Schön ist sie freilich nicht . . .“

Mr. Bird sah sich das Instrument an und trat damit an die Ladentür. Er zuckte leicht zusammen. Unsicher blickte er sich um. Ob jemand seine Verwirrung bemerkt hatte? . . . Dann sagte er, anscheinend gleichgültig:

„Gut! — Wieviel?“

Die Kleine:

„Die Mutter fragt, ob 50 Lire zu viel seien . . .“

Mr. Bird gab hundert.

IV.

Es war wie seit Wochen: es hatte wieder keinen Lohn gegeben. Wenn Nina wenigstens die Geige loswürde!

Nina kam, Strahlend.

„Ich habe 100 Lire dafür bekommen!“

Die Mutter weinte vor Freude.

„Welch ein Glück!“

Alle bewunderten Ninas Tüchtigkeit. Man hatte solange Not gelitten, ohne daran zu denken, daß auf dem Boden in dem alten Wollfäcken der Verdienst von einer ganzen Woche steckte.

„Und beinahe hätte ich das schädige Ding zerhackt!“ sagte der Vater.

Es wurde ausgerechnet, was man alles für 100 Lire kaufen konnte. Potentmehl, Del, Reibekäse und getrocknete Feigen wurden gekauft, und der Vater konnte zum ersten Male seit langer Zeit sich satt essen.

„Seht ihr, Großvater sagte manchmal, die Geige wird uns noch einmal Glück bringen . . .“

V.

Zur selben Zeit schloß Mr. Bird vorsichtig seine Hotelzimmer-türe ab, packte behutlich die Geige aus, bestrich und klopfte sie von allen Seiten, blickte immer wieder in die Schalllöcher, lachte und benahm sich alles in allem wie ein harmloser Irrer.

Er buchstabierte, erst leise, dann laut, immer und immer wieder den Jettel im Inneren der Geige:

Antonivs Stradiyavivs
Cremonensis
faciebat anno 1682.

„Welch ein Glück! Ich hatte eine Stradivari in Händen, und sie gehört mir . . . mir . . . und um keinen Preis der Welt göbe ich sie wieder her . . . am allerwenigsten für den Pringgeiger . . . Ich werde ihn einfach mit Geld abfinden . . .“

Nachdem Mr. Bird die Geige ebenso behutlich weggeschloffen hatte und wieder wiegenden Schrittes, im Smoking, zum Speisesaal ging, dachte er:

„Die Stradivari, die Sarajabe spielte, hatte einen Wert von jirka einer halben Million Lire . . .“

Die Christrose. Die „Schwarze Rieswurz“ hat ihren poetischen Namen „Christrose“ erhalten, weil sie schon um Weihnachten zu blühen anfängt. Sie hat übrigens mit einer Rose nichts gemein, denn sie gehört zur Familie der Nahnentwurzgewächse. Rieswurz heißt sie, weil schon im Altertum ihre zu Pulver geriebene schwarze Wurzel benutzt wurde, um Kranke zum Niesen zu reizen und z. B. Schenkte wieder zum Leben zu erwecken. Die Blütezeit der Christrose steht nicht so fest wie bei anderen Pflanzen. Während sich bei diesen die Blütezeit je nach der Witterung nur um ein oder zwei Wochen verschiebt, muß man bei der Christrose zuweilen auch mit ein paar Monaten rechnen. Klima und Witterungsverhältnisse üben ihren Einfluß auf die frühere oder spätere Blütezeit aus: frühestens Mitte November bis spätestens Anfang März bringt sie ihre Blüten, vielleicht schon wochenlang mit Schnee bedeckt zur Schau. Anfang September blühfähige Pflanzen in Blumentöpfe gesetzt, dann ins nichtgeheizte Zimmer gestellt, blühen bestimmt zur Weihnachtszeit. Die Christrose ist eine Schatten- oder halbschattenstauende und wird aus diesem Grunde in freien und sonnigen Standorten niemals aus entwickeln, sondern sich nur an schattigen Stellen prächtig entfalten. Dennzueilich sie fröhlichen und mäßig feuchten Boden bevorzugt, so stellt sie an Pflege so gut wie gar keine Ansprüche.

Warum sollte ich nicht philosophieren?

Von Oscar Gröbler.

Ja, warum nicht?! Wer kann beweisen, daß „doch nichts dabei herauskommen kann“, wie man gewöhnlich, so schön und erhaben lächelnd, dem Nichtstauer vorhält. Es gab eine Zeit, sie ist noch nicht lange hin, in der ich mich recht gekränkt darob fühlte, und weil ich im Augenblick keinen anderen Ausweg sah, meinen träben Gedanken Ablenkung und Trost zu geben, kletterte ich auf meinen immer geduldigen Pegasus. Was ich seinerzeit zusammenrütt, ist wohl bewahrt. Hier ist es:

„Habe nun, ach, Philosophie,
Juristerei und Medizin,
und leider auch Theologie
gar nicht studiert. Mein erstes Bemüh'n
als Alltagsmensch gült' Bett und Brot.
So hab' ich meine liebe Not,
will ich mich wo verständlich machen
in tief- und hochgelehrten Sachen.
Wie gern ergründet ich das We,
das Wo und Wann durch's heil'ge Wort,
doch immer wieder lenkt mich fort
mögneilich die Philosophie.
Oft such' ich mir schon als Berater
ein reifes Kind der alma mater;
doch, frag' ich noch so klug bedacht,
man hat mir hohnvoll hingelacht:
„Mein teurer Freund, ich rat euch drum,
zuerst Collegium logicum!“
Da sieh' ich nun, ein armer Tor,
und bin so klug, als wie zuvor.“

Kun schickte bloß noch der 3-Punkt, d. h. die Ueberschrift, über das Ganze. Ich überlege hin und her, und weiß der Ruckel warum, mir kamen plötzlich und überraschend Leifings Worte in den Kopf, die er dem weisen Nathan in den Mund legte:

„Am, hm! So ganz Stodfude sein wollen geht schon nicht,
und ganz und gar nicht Jude, geht noch minder . . .“

Meine erlittene Demütigung wie ich sie als solche damals empfand, erlaubte mir nicht, meine Verse mit der Klage eines Philosophen zu betiteln; also — ganz Stodfude sein zu wollen. Mein Stolz und mein Selbstgefühl wiederum gestattete es nicht, mich allzuweit von meinem philosophischen Empfinden zu entfernen; also — ganz und gar nicht Jude sein zu wollen. Gleichwie Nathan mußte, oder in meinem Falle besser gesagt, wollte ich behutlich gehen; doch wie, wie das?!

Kun, zum Räucherzählen ist es bei mir nicht gekommen, aber einen goldenen Mittelweg glaube auch ich gefunden zu haben: Meine Reime bekamen die Ueberschrift: Der Philosophier, den der Duden mit „leidiger Philosoph“ überleht.

Also — ich blieb Philosoph; ob nun leicht oder tief in meinem Denken, das bekümmert mich nicht. Heute genügt mir das Bewußtsein, in meiner Philosophie, von der kaum jemand etwas hört und liest, meine Seele haben und stärken zu können, damit sie ihrem Herrmeister, Herrn Staub, immer ein erhabenes und zufriedenes Lächeln zeigen darf.

Chile und Stille bei Meerburg. Vor dem Kriege hat Deutschland für fast 2 Milliarden Mark Düngemittel aus Chile eingeführt — die Deunwerte stellen den Bedarf jetzt restlos aus Stickstoff der Luft, Kohle, Erde und Wasser her. Chile wurde erlegt — Löffler Abfall blieb immer der Schwefel, jetzt machen die Deunwerte aus dieser Rot eine Tugend und wollen den ganzen Bedarf der deutschen Industrie an Schwefel aus ihren Fabrikationsabfällen decken. Bis her hat Sizilien, und zwar der Ort Girgenti uns den nötigen Schwefel geliefert — in wenigen Jahren wird Deutschland ein Exportland für dieses merkwürdige Element sein!

Die größte Landkarte der Welt befindet sich in San Francisco, und ihre Herstellung kostete 20000 Pfd. 18 Monate lang wurde daran gearbeitet. Sie ist 150 Meter lang und 5 Meter breit und zeigt ganz Kalifornien im Relief auf.

Popularität.

Plauderei von Hoffe Jetterström.

(Aus dem Schwedischen von Aage Avenstrup und Elisabeth Treitel.)

Ich habe viele populäre Leute gekannt, Männer und Frauen, Staatsmänner, Künstler, Schauspieler und einzelne Schriftsteller. Letztere Gattung hat nicht so große Ausfahrten, populär zu werden, wenigstens nicht, solange sie leben. Strindberg war zu seinen Lebzeiten nicht populär. Jetzt ist er es und vielleicht mehr, als er selber gewünscht hätte. Jetzt wächst eine Literatur um seine Persönlichkeit herum, die größer ist als die, die über seine Werke geschrieben worden ist. Was natürlich im menschlichen Interesse für Kleinigkeiten und Intimitäten begründet ist.

In England liegen die Verhältnisse anders. Von Kipling wird erzählt, daß er eines Tages, als er beim Schreiben in seinem Arbeitszimmer saß, plötzlich den Besuch einer unerkannten Familie bekam, die aus der Provinz gekommen war, und die den großen Schriftsteller unter die Sehenwürdigkeiten der Stadt einrangierte. Das Oberhaupt der Familie wandte sich an Kipling und sagte:

„Sind Sie Mr. Kipling?“

„Jawohl,“ erwiderte der Schriftsteller, „ich will das nicht bestreiten.“

„Seht her,“ sagte der Mann zu seiner Familie, seiner Frau, seinen Kindern und seinem Schwiegerohn, „dies ist Mr. Kipling.“ Und dann fuhr er fort:

„Ist das hier Ihr Arbeitszimmer, in dem Sie Ihre Bücher schreiben?“

„Allerdings, gewöhnlich ist es hier.“

„Hier schreibt er seine Bücher,“ sagte der reisende Herr. „Seht euch alles genau an, damit ihr es nicht vergeht.“

Ich weiß nicht, ob der Besucher Mr. Kipling gebeten hat, etwas zu schreiben, damit er sehen konnte, wie er schrieb, wenn er schrieb, und wie er die Feder führte, aber ich glaube, daß Kipling nach dem Besuch Anweisung gegeben hat, einen gewissen Dichterfrieden aufrechtzuerhalten.

Es wird auch erzählt, daß Kiplings Bankkonto nie kleiner wurde, obgleich er seine täglichen Ausgaben oft mit Checks bezahlte. Diejenigen, die die Checks bekamen, bekleben sie des Autogramms wegen. Was für ein glücklicher, pekuniärer Zustand, wert, von unseren Autoren beneidet zu werden, denn selber meist Checks und Banknoten, aber nicht die Ausgaben fehlen.

Karl Twain war natürlich ein populärer Mann, nicht nur als Schriftsteller, sondern auch als Vorleser und Privatmann. Er war der größte Humorist Amerikas, und diese Last war nicht gering.

Man erwartete einen Biß von ihm, sobald er den Mund aufhat. Eines Tages geschah es, daß er ein Geschäft betrat, um sich ein paar Krügen zu kaufen. Der Verkäufer erkannte ihn natürlich sofort, und als Karl Twain bezahlt hatte und mit den erstandenen Krügen fortgegangen war, stand der Verkäufer nachdenklich da: Was für Komisches lag eigentlich in dem, was er gesagt hatte — geben Sie mir ein halbes Duzend Krügen, Nummer zweiundvierzig —, etwas muß es doch gemeint sein? Es war ja Karl Twain.

Popularität ist Ruhm, in Kleingeld umgewandelt. Er verschwindet ebenso leicht, wie er kommt. Ein Schauspieler, der durchschlägt, wird dank der Massenphobie schnell populär. Er braucht nicht viel für die Sache zu tun. Es ist fast besser, wenn er Ereignisse sich selber entwickeln läßt. Diejenigen, die selbstlos für ihn die Trommel gerührt haben, werden bald merken, ob er selbst die Trommelfelle halten will.

Es gibt eine lehrreiche, kleine Erzählung von einem populären Schauspieler. Er war bei der Operette und war so populär, daß sich die Leute nicht nur auf der Straße nach ihm umdrehten, sie suchten sogar die Orte auf, wo sie erwarten konnten, daß er hinfame. Dieser Mann wurde, was man eine männliche Divo nennt. Er wurde von seiner eigenen Popularität gestochen. Er trug sich selber durch die Menge, hübsch lächelnd über die Huldigung, die andere und er selber ihm darbrachten. Sein Mangel an Humor bewirkte, daß er sich selbst mit den gleichen Augen sah wie die anderen. Er nahm seine Popularität ernst.

Eines Tages geriet er in einem Café mit einem jungen Wissenschaftsmann, den er nicht kannte, in einen Wortwechsel. Er sagte ein paar zerhackte Worte, bei denen jeder Buchstabe von seiner hohen Position durchschleudert war. Der junge Wissenschaftler verstimunte. Dann lächelte er und erwiderte:

„Mein Herr, Sie sollten nach Hause gehen und im Konversationslexikon das Wort „Ephemere“ nachschlagen — das ist Ihr Wort.“

Es ist nicht bekannt, ob der Schauspieler den Rat befolgt hat. Nach ein paar Jahren wurde es ihm indessen klar, daß „Ephemere“ wirklich sein Wort war.

Eine Popularität, die tot ist, hat nicht viel Wert. Kaum mehr als der Verkaufswert der Tausende von Lorbeerkränzen, die noch an den Wänden hängen, und der Billetts, die vergessen im Schreibtischkasten liegen.

Ein berühmter Schauspieler sagte mir mal:

„Wie fröhlich ist unser Ruhm! Er geht mit uns aus der Welt, wenn er überhaupt solange lebt. Ein Maler, ein Musiker, ein Schriftsteller, hinterläßt etwas. Wir müssen dankbar sein, wenn die

*) Eintragsflüge.

Generation, in der wir leben, eine kleine Erinnerung an uns und an das Beste behalten, das wir gegeben haben.

Es liegt eine Wahrheit, aber keine volle darin. Das Werk eines großen Schauspielers überlebt ihn im Still und in der Form, die er geschaffen hat. Dies ist so sicher wie die, daß jede Kunst ein Erbe für das kommende Geschlecht ist, das es richtig zu verwalten hat.

Es ist jedoch nicht nur der Künstler, der Schauspieler, der Popularität erringt und sie liebt, auch der einfache Alltagsmensch spürt oft ein Verlangen nach Bekanntheit, so bescheiden es auch sein mag. Eine kleine Notiz in einer Zeitung genügt oft, um ein Gefühl erhöhten Wertes zu geben. Es gibt sogar Beispiele, daß sich Verbrecher durch die mehr oder weniger ausführlichen Berichte der Zeitungen über ihre Taten geschmeichelt gefühlt haben. Man verwechselt so häufig die Begriffe „bekannt“ und „berühmt“.

Ich will mit einer kleinen Erzählung von einem Manne schließen, der die Unbeständigkeit der Popularität kannte. Er war ein großer Geschäftsmann, bekannt und geschätzt in der Welt, in der er lebte. Sein Reichtum und seine Stellung waren auf guten Konjunkturen und gelungenen Spekulationen aufgebaut. Als er den Gipfel erreicht hatte, den er erreichen konnte, empfand er jedoch die Räfte der Höhen, und eines Tages, als er seinen Freunden ein Mittagessen gab, sagte er:

„Wie wenig sind doch der Ruhm und die Popularität wert! Geben Sie acht, meine Herren. Vor einiger Zeit kam ein Maler und hat ein Porträt von mir malen zu dürfen.“ „Gern,“ sagte ich.

„Wenn es gut wird, behalte ich es.“ Er malte es, aber es wurde nicht gut. Nach einiger Zeit kam ein Bildhauer mit demselben Verlangen. „Gern,“ sagte ich. „Wenn das Werk gut wird, so behalte ich es.“ Es wurde nicht gut. Dann verging einige Zeit, und eines Tages bekam ich den Besuch eines Photographen, der eine Aufnahme von mir machen wollte. „Warum,“ sagte ich, „warum gerade von mir?“ Der Photograph antwortete: „Ein Zigarrenfabrikant möchte eine neue Marke auf den Markt bringen und will die Zigarre gern nach Ihnen, Herr Direktor, benennen. Um den Eindruck noch zu erhöhen, möchte er Ihr Bild auf den Deckel der Zigarrenliste haben.“ Ich war einverstanden, und hier, meine Herren, haben Sie das Bild.“ Der Direktor holte eine Kiste hervor und zeigte den Deckel. Da sah ich in einem hübschen Oval das Bild von ihm selbst. Es wurde still, und dann sagte der Direktor mit ernster Stimme:

„Heute dies — und morgen vielleicht von der Menge gesteinigt.“

Wie vergänglich ist doch alles hier auf der Welt — ich weiß heute nicht mehr den Namen des großen Geschäftsmannes, ich kann mich nur noch ganz schwach auf den Krach bei dem großen Konkurs besinnen, der seinem Ruhm einen Punkt setzte.

